

## Koalitionssignale bei der Bundestagswahl 2009 und deren Auswirkungen auf strategisches Wahlverhalten

Bytzek, Evelyn; Gschwend, Thomas; Huber, Sascha; Linhart, Eric; Meffert, Michael F.

Preprint / Preprint

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bytzek, E., Gschwend, T., Huber, S., Linhart, E., & Meffert, M. F. (2010). *Koalitionssignale bei der Bundestagswahl 2009 und deren Auswirkungen auf strategisches Wahlverhalten*. Mannheim. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-257654>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Koalitionssignale bei der Bundestagswahl 2009 und deren Auswirkungen auf  
strategisches Wahlverhalten**

Evelyn Bytzek (Frankfurt), Thomas Gschwend (Mannheim),  
Sascha Huber (Mannheim), Eric Linhart (Kiel) und Michael Meffert (Leiden)

**1. Einleitung**

Koalitionen stellen ein wichtiges Untersuchungsobjekt für politikwissenschaftliche Analysen in der Bundesrepublik Deutschland dar, da letztlich Koalitionen über die Politik einer Legislaturperiode entscheiden und in den seltensten Fällen Einparteien-Regierungen. Obwohl dies schon zu Beginn der Bundesrepublik der Fall war und auch die Weimarer Republik von (zum Teil höchst instabilen) Koalitionsregierungen geprägt ist, blieb der Zusammenhang zwischen Koalitionen als wichtigem politikwissenschaftlichem Untersuchungsgegenstand und Wahlverhalten lange Zeit unbeachtet. Dies kann damit zusammenhängen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Paradigmen der Wahlforschung in Deutschland Fuß fassten, die Koalitionsregierungen (zunächst) nicht beachteteten. Dies sind das sozialpsychologische (bzw. Michigan-)Modell und das räumliche Modell des Wählens. Das sozialpsychologische Modell betrachtet in erster Linie Präsidentschaftswahlen in den USA, bei denen Koalitionen naturgemäß keine Beachtung finden (Campbell et al. 1960). Downs dagegen diskutiert zwar in seinem räumlichen Modell des Wählens die Möglichkeit von Koalitionsregierungen und erläutert deren Bedeutung für rationale Wähler, weist aber auf die Schwierigkeiten rationaler Wahlentscheidungen in Mehrparteiensystemen mit Koalitionsregierungen hin und vermutet in solchen einen Druck, irrational zu handeln (Downs 1957: 142-163).<sup>1</sup>

Ein weiterer Grund für die geringe Beachtung von Koalitionen in Modellen des Wählerverhaltens könnte sein, dass lange Zeit relativ klar schien, welche Parteien miteinander eine Koalition bilden wollen und welche nicht. Diese klare Koalitionssituation, die von einem Parteiensystem mit einer geringen Zahl an Parteien profitiert, hat somit dazu geführt, dass Koalitionen als wenig variable Randbedingungen betrachtet wurden. Daher verwundert es

---

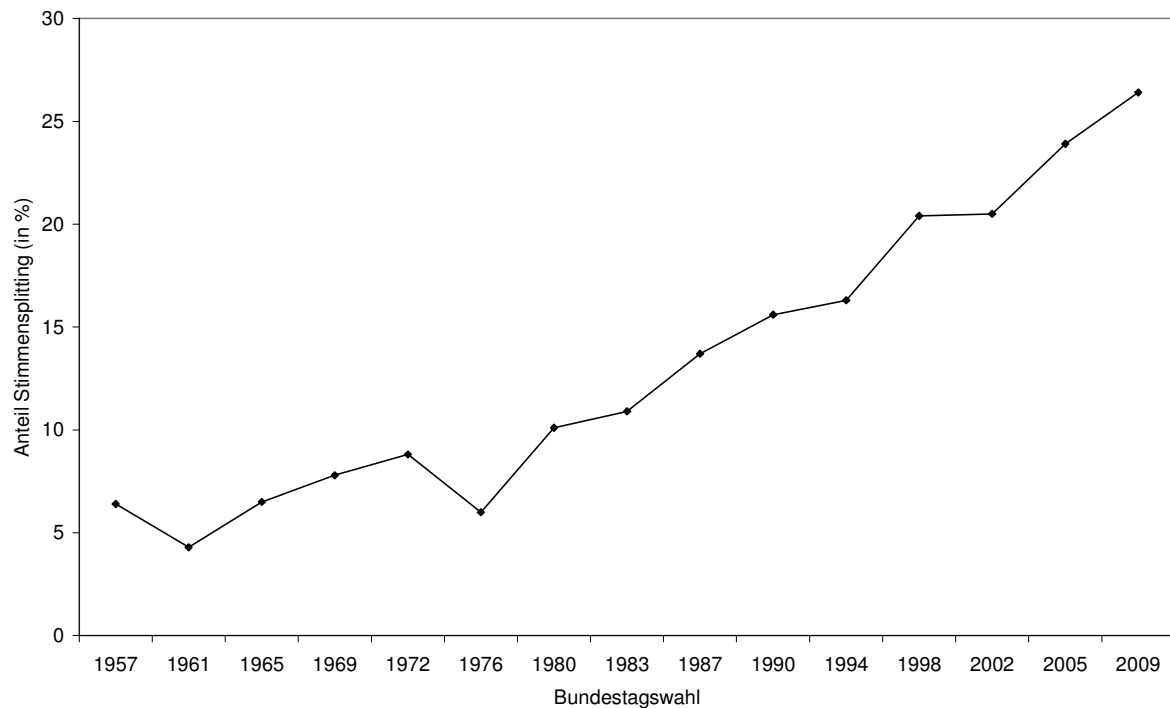
<sup>1</sup> Die wörtliche Aussage von Downs lautet: „In systems normally governed by coalitions, voters are under pressure to behave irrationally; hence they may treat elections as preference polls“ (Downs 1957: 143).

nicht, dass Koalitionsüberlegungen zunächst in einen Bereich der Wahlforschung Einzug gehalten haben, der sich mit einem speziellen Wählerverhalten beschäftigt, dem strategischen Wählen. Strategisches Wählen wird als das Verhalten verstanden, bei dem ein Wähler mit seiner Wahlentscheidung von seiner Erstpräferenz abweicht, um letztlich ein stärker präferiertes Ergebnis zu erhalten als dies bei der Wahl der Erstpräferenz möglich wäre. Durch das Zwei-Stimmen-Wahlsystem in Deutschland können mehrere Arten von strategischem Wählen vorliegen. Am besten untersucht sind bislang das Vermeiden einer vergeudeten Stimme (*wasted vote*) und das Leihstimmen-Wählen. Insbesondere Anhänger kleiner Parteien müssen sich fragen, ob der Kandidat ihrer Partei eine reelle Chance hat, den Wahlkreis zu gewinnen. Ist dies nicht der Fall, so ist es häufig sinnvoller, eine andere Partei mit der Erststimme zu wählen, um diese nicht an einen aussichtslosen Kandidaten zu vergeuden. Das kann etwa der Kandidat des potenziellen großen Koalitionspartners der kleineren Partei sein. Noch deutlicher wird der Zusammenhang zwischen Koalitionen und strategischem Wählen bei der Leihstimmen-These. Sie besagt, dass ein Anhänger einer großen Partei mit der Zweitstimme den präferierten kleinen Koalitionspartner mit der Zweitstimme wählen wird, wenn dieser Gefahr läuft, an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. Denn nur durch den Einzug des kleinen Koalitionspartners in den Bundestag ist sichergestellt, dass die gewünschte Koalition gebildet werden kann. Hier spielen folglich Koalitionspräferenzen eine nicht unwesentliche Rolle für das Wahlverhalten. Ein Indiz für das Vorliegen von strategischem Wählen und damit für die Bedeutung von Koalitionspräferenzen für die Wahlentscheidung ist die Entwicklung des Stimmensplittings, also der Wahl von zwei unterschiedlichen Parteien mit Erst- und Zweitstimme.<sup>2</sup> Hierbei wird angenommen, dass mit einer Stimme die präferierte Partei und mit der anderen Stimme strategisch gewählt wird. Stimmensplitting im Sinne des strategischen Wählens liegt also dann vor, wenn mit der Erststimme CDU/CSU bzw. SPD und mit der Zweitstimme FDP bzw. Bündnis 90/Die Grünen gewählt werden. Betrachtet man in Abbildung 1 den Anteil an Wählern, die ihre beiden Stimmen bei Bundestagswahlen unterschiedlichen Parteien gegeben haben, zeigt sich ein deutlicher Anstieg, sodass der Anteil zwischenzeitlich bei etwa einem Viertel der Wähler liegt.

---

<sup>2</sup> Das Vorliegen von Stimmensplitting ist allerdings weder notwendige noch hinreichende Bedingung für strategisches Wahlverhalten.

Abbildung 1: Anteil an Stimmensplitting 1957-2009



Quelle: 1957-1990, 2002-2009: Bundeswahlleiter (2009). 1994: Eigene Berechnung auf Basis der Angaben in Forschungsgruppe Wahlen e.V. (1994). 1998: Eigene Berechnung auf Basis der Angaben in Forschungsgruppe Wahlen e.V. (1998).

Der Anteil an Stimmensplitting ist jedoch nur als erster Hinweis auf strategisches Wählen zu betrachten, da es viele andere mögliche Erklärungen für dieses Verhalten gibt, wie z.B. von den Parteien unabhängige Präferenzen eines Wählers für Direktkandidaten, die Möglichkeit, durch Stimmensplitting uneindeutigen Parteipräferenzen Ausdruck zu verleihen oder bereits Unterstützung für eine bevorzugte Koalition zu signalisieren (Gschwend/van der Kolk 2006). Zudem sind neben Koalitionspräferenzen auch Erwartungen der Wähler in Hinblick auf den Wahlausgang in Modellen strategischen Wählens außerordentlich wichtig. So macht es z.B. in Hinblick auf die Leihstimmen-These nur dann Sinn, den kleinen Koalitionspartner zu wählen, wenn man erwartet, dass dieser an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern könnte und sich, falls er den Einzug in den Bundestag schafft, die gewünschte Koalition auch wirklich bilden wird. Hierfür müssen die Partner zusammen über eine Mehrheit der Sitze verfügen und zur Zusammenarbeit willens sein. Um den Wählern diesen Eindruck zu vermitteln, können die Parteien vor der Wahl Koalitionssignale in diese Richtung senden. Modelle strategischen Wählens enthalten folglich nicht nur Partei- und Koalitionspräferenzen sowie das Wahlverhalten, sondern auch die Erwartungen der Wähler über mögliche Mehrheiten und potenzielle Koalitionen (vgl. etwa Linhart 2007; Meffert/Gschwend 2010a). Die Ergebnisse solcher Modelle sind jedoch gemischt: Während etliche Studien zeigen, dass

Koalitionspräferenzen und -signale Wahlentscheidungen in eine bestimmte und sinnvolle Richtung beeinflussen (z.B. Gschwend/Pappi 2004, Pappi/Gschwend 2005, Huber et al. 2009), bleibt insbesondere die Rolle von Erwartungen zur Einzugswahrscheinlichkeit des kleinen Koalitionspartners unklar. So findet Gschwend (2007) einen Einfluss der FDP-Einzugswahrscheinlichkeit auf die Wahrscheinlichkeit des Stimmensplittings bei der Bundestagswahl 1998, während dies bei Pappi/Thurner (2002) nicht der Fall ist. Linhart/Huber (2009) zeigen, dass eine strategisch motivierte Leihstimme durchaus auch irrational sein kann. Auch wenn eine unterschiedliche Datenbasis und unterschiedliche Modelle als Grund hierfür angeführt werden können, zeigen Untersuchungen des strategischen Wählens doch recht deutlich, dass das Zusammenspiel zwischen Koalitionspräferenzen, -signalen und -erwartungen äußerst komplex ist und von den Wählern Einiges abverlangt. Da Koalitionssignale einen Kontextfaktor darstellen, gibt es zudem Unterschiede über Bundestagswahlen und Parteien hinweg, sodass nicht mit einer konstanten Beziehung zwischen Koalitionspräferenzen und Wahlentscheidung zu rechnen ist. Diese hängt stattdessen vom spezifischen Kontext einer Wahl ab.

Bei einer umfassenden Untersuchung der Bundestagswahl 2009 darf der Koalitionsaspekt folglich nicht fehlen. Zudem stellte die unsichere Koalitionssituation besondere Anforderungen an die Wähler, da bei den klaren Koalitionsbündnissen (Schwarz-gelb und Rot-grün) trotz der deutlich für Schwarz-gelb sprechenden Umfragen nach der Erfahrung von 2005 immer die Möglichkeit mitschwang, dass es doch nicht für eine Mehrheit reichen könnte. Welche Auswirkungen hat eine solch unsichere Koalitionssituation auf das Verhalten der Wähler? Diese Frage betrifft nicht nur die Diskussion um strategisches Wählen. Bislang konnten sich die Wähler relativ leicht an der Links-Rechts-Dimension des politischen Wettbewerbs orientieren, mit relativ klar zuzuordnenden Blöcken auf der linken und auf der rechten Seite. Nun stehen sie vor der Herausforderung, eine Vielzahl möglicher Koalitionsoptionen gegeneinander abzuwägen, die etwa im Fall der in der Diskussion stehenden Dreier-Koalitionen Jamaika und Ampel nicht mehr so deutlich wie bisher ideologisch verbunden sind. Dies stellt Wähler vor noch größere Schwierigkeiten, eine rationale Wahlentscheidung unter Antizipation des Koalitionsbildungs- und legislativen Entscheidungsprozesses in Hinblick auf einen zukünftigen Policy-Output der Regierung zu treffen. Gerade bei einer solchen Koalitionslage stellen die Koalitionssignale der Parteien eine wichtige Variable beim Entscheidungsprozess dar. Doch wie reagieren die Wähler auf die Signale der Parteien? Beziehen sie sie in ihr Entscheidungskalkül mit ein oder ignorieren sie sie aufgrund der unsicheren Lage? Kurz: Welche Rolle spielen Koalitionssignale für

Wählerpräferenzen und Wahlentscheidungen und hierbei insbesondere für strategisches und rationales Koalitionswählen bei der Bundestagswahl 2009?

Die Klärung dieser Fragen ist das Ziel des vorliegenden Beitrags. Hierfür machen wir Gebrauch von einer bislang nicht dagewesenen Datenlage, die durch die *German Longitudinal Election Study* (GLES) generiert wurde. Zunächst betrachten wir die Reaktion der Parteien auf die unsichere Koalitionslage, indem wir die Mediendarstellung von Koalitionssignalen auswerten. Zugleich wird deskriptiv untersucht, wie sich Koalitionserwartungen vor der Wahl entwickelt haben. Im Anschluss daran untersuchen wir das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 empirisch, sowohl hinsichtlich einer strategisch-taktischen Komponente als auch hinsichtlich seiner Rationalität. Diese Analyse bildet den Ausgangspunkt für eine umfassende Untersuchung der Wirkung von Koalitionssignalen auf Präferenzen und Wahlentscheidungen der Wähler. Besonderes Augenmerk soll dabei auch auf die Wähler gelegt werden, die nicht nach einem rationalen Kalkül entscheiden.

## **2. Koalitionssignale und erwartete Mehrheiten vor der Bundestagswahl 2009**

Wie sind die Parteien mit der unklaren Koalitionssituation umgegangen, die durch das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 entstand und damit trotz deutlicher Umfrageergebnisse zugunsten von Schwarz-gelb die Befürchtung mit sich brachte, dass es für eine „kleine Koalition“<sup>3</sup> wieder nicht reichen könnte? Haben sie versucht, die Unsicherheit durch die Sendung deutlicher Signale für oder gegen eine bestimmte Koalition zu verringern? Um dies einschätzen zu können, nutzen wir eine im Rahmen der GLES durchgeführte Inhaltsanalyse von TV-Nachrichten vor der Bundestagswahl 2009. Hierfür wurden u.a. Aussagen innerhalb von Nachrichtenbeiträgen kodiert, die sich mit Koalitionen beschäftigen. Festgehalten wurde, welche Partei welche Koalition in dieser Aussage befürwortet (entweder unkomditional oder nur bedingt, d.h. nicht vollständig befürwortet) oder ablehnt (wiederum unterschieden nach unkomditionaler und bedingter Ablehnung). Das Festmachen von expliziten Koalitionssignalen anhand ihrer Berichterstattung in Hauptnachrichtensendungen ist vor dem Hintergrund gerechtfertigt, dass die Signale die Wähler in erster Linie auf diesem Weg erreichen können.<sup>4</sup> Tabelle 1 zeigt die Zahl an positiven (mit einem Plus gekennzeichneten) und negativen (mit einem Minus gekennzeichneten) Signalen der Parteien zu

---

<sup>3</sup> Als kleine Koalition bezeichnen wir im Kontext der Bundesrepublik Deutschland eine Koalition aus entweder CDU/CSU oder SPD mit einer der drei kleineren Parteien FDP, Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke.

<sup>4</sup> Andererseits kann die Beschränkung auf Hauptnachrichtensendungen bedeuten, dass die tatsächliche Zahl an Koalitionssignalen unterschätzt wird, da diese nicht leicht darzustellen sind und die Sendezeit äußerst begrenzt ist.

unterschiedlichen Koalitionen. Hierbei werden nur die unkonditionalen Signale einbezogen. Im Fall der CDU hat diese folglich innerhalb des Erhebungszeitraums und der analysierten Medien drei negative Aussagen in Hinblick auf eine Große Koalition getätigt und 17 positive Signale für Schwarz-gelb gesetzt. Erstaunlich ist vor der genauen Betrachtung dieser Zahlen schon einmal, dass die Signale immer eindeutig sind, also nicht von einer Partei einmal positive, ein anderes Mal dagegen negative Signale gesendet werden, wie dies etwa bei der Bundestagswahl 2005 noch der Fall war (vgl. Linhart 2007: 473).

*Tabelle 1: Koalitionssignale der Parteien in den Medien vor der Bundestagswahl 2009*

	CDU	CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
Große Koalition	-3	-	+4	-	-	-
Schwarz-gelb	+17	+4	-	+21	-	-
Rot-grün	-	-	-	-	-	-
Ampel	-	-	+2	-17	-	-1
Jamaika	-	-	-	-	-	-6
Rot-rot-grün	-	-	-1	-	-	-

Quelle: Wahlkampf-Medieninhaltsanalyse der GLES (TV-Daten, GLES1401\_Pre1.0).

Darüber hinaus fällt auf, dass recht wenig über Koalitionssignale in den Nachrichtensendungen berichtet wird, sei es aufgrund von Selektionsprozessen in den Medien oder weil die Parteien mit Signalen geizig umgehen. Lediglich im Falle der schwarz-gelben Koalition kommt es immer wieder zu der Zusicherung, die gemeinsame Koalition zu wollen. Dies kann aber auch durch den Streit zwischen FDP und CSU zustande gekommen sein, die sich gegenseitig vorwarfen, nicht zur Koalition zu stehen, und somit diese Zusicherung des Öfteren eingefordert haben. In Hinblick auf die Große Koalition lässt sich deutlich erkennen, dass die CDU eine Fortsetzung eher ablehnt, während die SPD sie eher befürwortet. Die SPD spricht sich zudem Hin und Wieder auch für eine Ampelkoalition aus, die dagegen von der FDP vehement abgelehnt wird. Die Grünen stellen sich deutlich gegen eine Jamaika-Koalition. Überraschend ist auch, wie wenige Koalitionssignale in Hinblick auf Rot-grün und Rot-rot-grün berichtet wurden. Bei Rot-grün kann dies entweder daran liegen, dass beide Parteien schon mehrfach miteinander regiert haben und sich ihren Koalitionswillen daher nicht mehr gegenseitig versichern müssen. Das Fehlen von Koalitionssignalen kann aber auch der Chancenlosigkeit dieses Bündnisses geschuldet sein. Das trifft auf die rot-rot-grüne Koalition nicht zu, Koalitionssignale sind dennoch rar. Dies könnte auf eine gewisse Vorsicht

der Parteien verweisen, durch positive oder negative Koalitionssignale weder potentielle Wähler verprellen noch sich eine Koalitionsoption verbauen zu wollen.

Die Parteien scheinen folglich vorsichtig auf die unklare Koalitionssituation zu reagieren und sich nicht für eine unkonventionelle Koalition auszusprechen. Wie reagieren aber die Wähler, deren Stimmen letztlich über den Wahlausgang und damit die Koalitionsmöglichkeiten entscheiden? Wie werden also die expliziten, von den Parteien gesendeten Signale von den Wählern aufgenommen und verarbeitet, die ihrerseits über Erwartungen und Erfahrungen in Hinblick auf Koalitionen verfügen. Tabelle 2 zeigt die subjektiven Einschätzungen der im Rahmen der GLES Befragten. Die Teilnehmer sollten sich zu den Bündnissen Große Koalition, Schwarz-gelb, Rot-grün, Ampel, Jamaika und Rot-rot-grün äußern und konnten jeweils die Einschätzung „sehr wahrscheinlich“ (1), „eher wahrscheinlich“ (2), „eher unwahrscheinlich“ (3) und „sehr unwahrscheinlich“ (4) treffen. Diese Einschätzung sollte anhand der Bereitschaft zur Zusammenarbeit der entsprechenden Parteien unabhängig von erwarteten Mehrheitsverhältnissen getroffen werden.

*Tabelle 2: Wahrgenommene Koalitionssignale*

	sehr wahr- scheinlich	eher wahr- scheinlich	eher unwahr- scheinlich	sehr unwahr- scheinlich	Differenz wahrscheinlich - unwahrscheinlich	N
Große Koalition	20,0	44,1	27,1	8,9	28,1	1994
Schwarz-gelb	40,3	40,9	15,2	3,6	62,4	1971
Rot-grün	18,0	34,5	35,0	12,4	5,1	1940
Ampel	2,6	20,3	52,5	24,7	-54,3	1887
Jamaika	3,2	17,4	48,0	31,4	-58,8	1887
Rot-rot-grün	5,6	19,6	37,7	37,1	-49,6	1881

Quelle: Vorwahl-Querschnitt der GLES (GLES1101\_Pre1.3), gewichtet anhand eines Repräsentativgewichts, Werte in Zeilenprozent in den Spalten 2 bis 5, Differenz zwischen Spalten 2/3 und Spalten 4/5 in Spalte 6.

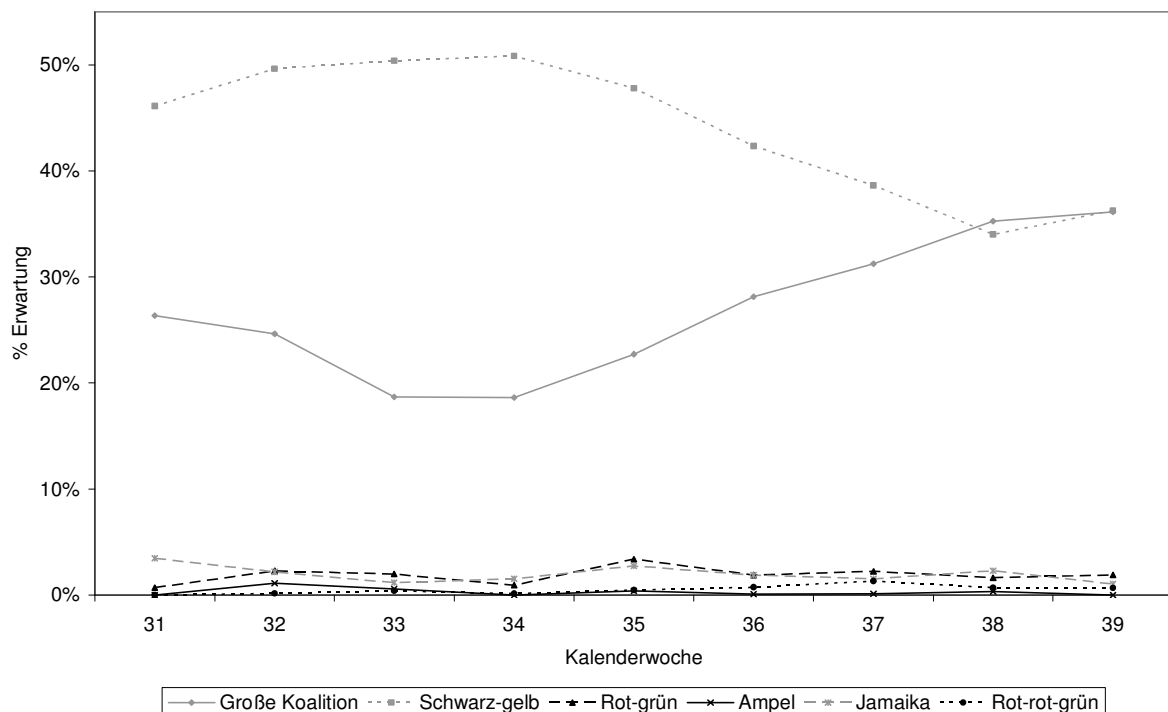
Es ist zu sehen, dass die Wähler im Aggregat die Signale ähnlich aufgefasst haben, wie sie durch die Medien transportiert wurden. Subtrahiert man den Anteil der Befragten, die eine bestimmte Koalition für eher oder sehr unwahrscheinlich halten, von dem Anteil der Befragten, die diese für sehr oder eher wahrscheinlich halten (Spalte 6), so findet sich der höchste Wert bei Schwarz-gelb. Analog zu den Signalen in Tabelle 1 schätzen die Wähler die Dreierkoalitionen Ampel, Jamaika und Rot-rot-grün überwiegend als unwahrscheinlich ein. Als recht hoch wird die Bereitschaft zu einer Großen Koalition eingeschätzt, obwohl die entsprechenden Signale, gerade von Seiten der CDU, ablehnend sind. Ein solches Gesamtbild geht konform mit der Sichtweise, dass die Große Koalition kein von den Parteien angestrebtes Bündnis ist, im Falle fehlender anderer Mehrheiten aber eine wahrscheinliche Rückfalloption darstellt. Etwas schwieriger gestaltet sich auch hinsichtlich der subjektiv wahrgenommenen



Signale die Interpretation bei Rot-grün. Hier stellt sich die Frage, ob die Antwortenden tatsächlich alleine die Bereitschaft von SPD und Grünen beurteilt haben oder bei ihrer Einschätzung nicht doch entgegen der Fragestellung mögliche Mehrheiten im Hinterkopf hatten und daher zu großen Teilen dieses Bündnis als eher oder sehr unwahrscheinlich einstufen.<sup>5</sup>

Eine dynamische Betrachtung der Erwartungen, welche Koalition sich nach der Bundestagswahl bilden wird, zeigt aber auch Veränderungen der Einschätzungen im Zeitverlauf (Abbildung 2). Obwohl veröffentlichte Umfragen die schwarz-gelbe Koalition in den Wochen vor der Wahl bei ca. 50% der Stimmen sehen, reagieren die Wähler einerseits sehr sensibel auf sich minimal verschlechternde Umfragewerte. Andererseits können auch die Querelen zwischen CSU und FDP eine Rolle bei der Erwartungsbildung spielen, auch wenn sich diese nicht direkt in den Koalitionssignalen der Parteien niedergeschlagen haben (vgl. Tabelle 1). Die geringer werdende Erwartung, dass sich Schwarz-gelb bilden wird, kommt erstaunlicherweise nur der Großen Koalition zugute. Dass eine andere Koalition außer den beiden genannten eine reelle Chance hat, denken nur sehr wenige Befragte.

Abbildung 2: Koalitionserwartungen



Quelle: RCS-Wahlkampfstudie mit Nachwahl-Panelwelle der GLES (Vorwahl-Daten, GLES1201\_Pre1.1).

<sup>5</sup> Decker (2009: 447) etwa kommt zu einer anderen Einschätzung und erkennt ein wechselseitiges, ausdrückliches Koalitionssignal zwischen SPD und Grünen. Auch wenn die Grundlage seiner Einschätzung unklar bleibt, scheint das Ergebnis plausibel.

Die Koalitionslage vor der Wahl lässt sich also folgendermaßen zusammenfassen: Die Parteien sind anscheinend mit eindeutigen Koalitionssignalen recht sparsam umgegangen. Schwarz-gelb wurde zu Beginn des Erhebungszeitraums für die wahrscheinlichste künftige Regierung gehalten, in den letzten vier Wochen vor der Wahl stiegen aber die Zweifel daran, dass diese Koalition zustande kommen wird. Zum Zeitpunkt der Wahl bestand eine hohe Unsicherheit, ob sich eine schwarz-gelbe oder eine Große Koalition bilden würde. In einer solchen Situation stellt sich verstärkt die Frage, welche Rolle Koalitionssignale und -erwartungen bei Wahlentscheidungen spielen können.

### **3. Der Einfluss von Koalitionserwartungen auf das Wahlverhalten**

Die Relevanz von Koalitionspräferenzen und -erwartungen für die Wahlentscheidung wurde bereits in einer Reihe von Studien für unterschiedliche Ländern dokumentiert, darunter Belgien (Gschwend/Hooghe 2008), Israel (Aldrich et al., 2004, Blais et al. 2006, Bargsted/Kedar 2009), die Niederlande (Irwin/van Holsteyn 2003) und Österreich (Meffert/Gschwend 2010a, Pappi 2007). Wähler, die nicht nur die Wahl ihrer bevorzugten Partei erwägen, sondern auch die mögliche Richtung der Politik der zu bildenden neuen Regierung berücksichtigen, verstehen nur zu gut, dass letztlich nicht die Stimmenanteile einzelner Parteien sondern die Mehrheiten für bestimmte Koalitionen die Politik der nächsten Regierung maßgeblich bestimmen.

Es gibt mindestens drei Gründe, warum Wählerinnen und Wähler auch ohne großes politisches Interesse durchaus die Fähigkeit haben können, Erwartungen über den Erfolg bestimmter Koalitionen zu entwickeln. Das sind einmal die direkten, oft expliziten und einfach zu verstehenden Koalitionssignale der Parteien (Gschwend, 2007; Meffert/Gschwend, 2007, 2009; Linhart 2007; Decker 2009). Zum zweiten hilft die Erfahrung mit zurückliegenden Wahlen, abwegige und plausible Koalitionsoptionen zu erkennen. Und drittens zeigen die oben zitierten Studien, dass Koalitionspräferenzen und -erwartungen einen systematischen Einfluss auf Wahlentscheidungen haben.

Vor diesem Hintergrund scheint es zunächst einmal durchaus möglich, dass Wählerinnen und Wähler durch ihre Stimmabgabe für eine bestimmte Partei zu beeinflussen versuchen, dass ihre am meisten bevorzugte Koalition unter all denen, die prinzipiell möglich sind, eine Mehrheit bekommt. Dafür müssen Wählerinnen und Wähler die Koalitionslage vor einer Wahl ungefähr einschätzen können, um sogenannte *Koalitionserwartungen* zu bilden, also

welche Koalitionsoptionen realistischerweise eine Mehrheit bekommen und sich auch auf eine gemeinsame Agenda einigen können.

Wie können wir Evidenz dafür erbringen, dass Koalitionserwartungen tatsächlich einen Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten haben? Ein harter Test wäre, wenn auf veränderte Koalitionserwartungen auch ein verändertes Wahlverhalten folgt. Dazu müsste man eine Situation finden oder künstlich schaffen, in der man einen Wähler wiederholt befragt, wobei abgesehen von einer veränderten Einschätzung der Koalitionslage alle übrigen Faktoren gleich bleiben. Verändert sich das Wahlverhalten des Befragten, dann kann diese Veränderung ursächlich auf die veränderte Koalitionserwartung zurückgeführt werden.

Das Instrument der Panelbefragung ist eine Möglichkeit, Evidenz für ein derartiges Entscheidungsverhalten auf Seiten der Wählerschaft zu erbringen. Solange sich die tatsächlichen Koalitionssignale der Parteien aber nicht ändern, hilft dieser Ansatz nicht wirklich weiter. Ein möglicher Ausweg aus dieser Situation sind Umfrage-Experimente. Hierbei werden den Befragten unterschiedliche, hypothetische Kontexte in Form sogenannter Vignetten vorgestellt, die für alle Befragte vergleichbar definiert werden, um dann die Reaktion der Befragten auf diese Kontexte zu erheben. Aus dem Vergleich der Reaktionen auf verschiedene hypothetische Kontexte mit dem ursprünglichen Verhalten lässt sich dann auf den Einfluss eines bestimmten Kontextes auf das Verhalten schließen.

In der Literatur gibt es dazu einige wenige Beispiele. So untersuchten Gschwend/Hooghe (2008) im Rahmen einer Online-Studie für Belgien, unter welchen Bedingungen Wähler den Koalitionssignalen der Parteiführer folgen und eine gemeinsame Parteiliste (in Belgien ist das möglich) unterstützen. Dafür wurde die ursprüngliche individuelle Wahlabsicht für Parteien mit der Wahlabsicht in einem hypothetischen Kontext verglichen, der es ermöglicht, statt für einzelne Parteien für bestimmte gemeinsame Parteilisten zu stimmen. Mit expliziten Vignetten zu hypothetischen, aber plausiblen Umfrageergebnissen und Koalitionssignalen von niederländischen Parteien untersuchen Irwin/van Holsteyn (2003) in einer Vorwahlstudie, wie sich das individuelle Wahlverhalten ändert, wenn sich der entsprechende Kontext ändert. Linhart/Huber (2009) versetzten in Deutschland Befragte in ähnliche Szenarien und stellten einen Einfluss unterschiedlicher Koalitionsszenarien auf das Wahlverhalten fest. Schließlich haben Meffert/Gschwend (2010b) in einer Vorwahlstudie zur Nationalratswahl 2006 in Österreich in einer telefonischen Umfrage vier unterschiedliche Vignetten integriert, um bestimmte Koalitionserwartungen für alle Befragte zu induzieren und das veränderte Wahlverhalten zu analysieren.

Ähnlich zum Beispiel aus Österreich wurden für die Bundestagswahl 2009 insgesamt vier Vignetten in der Online-Umfrage im Vorfeld der GLES (GLES1004\_Pre\_1.1, Komponente X: Vorwahl-Online-Tracking IV) integriert. Die Feldzeit der Online-Befragung, die neben den üblichen Kernfragen auch einen Themenblock „Koalitionen“ enthält, war vom 31. Juli bis 11. August 2009, wobei 985 Befragungen realisiert wurden. Die Koalitionsvignetten wurden wie folgt eingeführt: „Vor der Wahl treffen die Parteien häufig Aussagen zu den von ihnen gewünschten Koalitionspartnern. Nun folgen vier Beispiele für solche Aussagen, die die Parteien treffen könnten.“ Danach wurden die folgenden vier Vignetten dargestellt und die entsprechende Wahlabsicht nacheinander aufgenommen.<sup>6</sup>

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn...

- (A) sich Bündnis 90/Die Grünen für eine Beteiligung an einer CDU/CSU-geführten Koalition aussprechen würde?
- (B) sich die SPD und Bündnis 90/Die Grünen für eine Koalition zusammen mit der FDP aussprechen würden?
- (C) sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen für eine Koalition mit der Partei Die Linke aussprechen würden?
- (D) wenn sich die FDP für eine Beteiligung an einer SPD-geführten Koalition aussprechen würde?“

Die Antwortvorgaben für jede dieser Vignetten sind identisch mit denen der Wahlabsichtsfrage.<sup>7</sup> Der Vergleich dieser Antworten mit der ursprünglichen Frage nach der individuellen Wahlabsicht für denselben Befragten ermöglicht uns, alternative Faktoren der individuellen Wahlentscheidung konstant zu halten. Im Folgenden sollen hier kurz einige Ergebnisse vorgestellt werden.

Zunächst ist zu klären, ob bestimmten Koalitionserwartungen, die durch die einzelnen Vignetten bei den Befragten induziert werden, auch ihre ursprünglich geäußerte Wahlabsicht ändern. Tabelle 3 fasst die Ergebnisse für alle Befragten zusammen. Beim Vergleich der ursprünglichen Wahlabsichtsfrage mit der Wahlabsicht nach einer bestimmten Vignette unterscheiden wir Befragte mit stabiler von Befragten mit veränderter Wahlabsicht. Eine stabile Wahlabsicht haben zum einen diejenigen Befragten, die im Vergleich zur ursprünglich geäußerten Wahlabsicht trotz Vignette sich immer noch für die Wahl derselben Partei aussprechen. Zum anderen bezeichnen wir auch diejenigen Befragten mit einer stabilen Wahlabsicht, die trotz Vignette wieder nicht wissen, was sie wählen sollten bzw. angeben, gar

---

<sup>6</sup> Leider ist im deutschen Fall, im Unterschied zu Österreich, die Reihenfolge der Vignetten nicht randomisiert.

<sup>7</sup> (1) CDU/CSU; (4) SPD; (5) FDP; (6) Bündnis 90/Die Grünen; (7) Die Linke; (8) andere Partei; (97) würde nicht wählen; (99) k.A.

nicht zu wählen. Bei diesen Befragten hat die durch Vignetten induzierte Koalitionserwartung keine beobachtbaren Folgen. Für Befragte mit veränderter Wahlabsicht unterscheiden wir drei Typen: (1) Befragte („Andere Partei“), die nach der Vignette eine andere Partei beabsichtigen zu wählen; (2) Befragte („Mobilisierung“), die durch die Vignette offenbar mobilisiert werden und eine ursprünglich nicht vorhandene Wahlabsicht entwickeln; und (3) Befragte („Demobilisierung“), die nach der Vignette keine Wahlabsicht für eine Partei mehr äußern.

*Table 3: Effekte induzierter Koalitionserwartungen vor der Bundestagswahl 2009*

	Vignette zu			
	Grüne & CDU	Ampel	Linkskoalition	FDP & SPD
Wahlabsicht bleibt stabil:				
Ohne Wahlabsicht	8	8	8	7
Gleiche Partei	49	49	46	49
verändert sich:				
Andere Partei	16	17	17	18
Mobilisierung	18	18	18	19
Demobilisierung	10	8	11	8

Quelle: Vorwahl-Online-Tracking IV der GLES (GLES1004\_Pre 1.1). Alle Befragte (N = 985). Zelleinträge sind Spaltenprozente (mit evtl. Rundungsungenauigkeiten).

Das erste überraschende Ergebnis ist, dass ca. 45% der Befragten unabhängig von der jeweiligen Vignette ihre Wahlabsicht entsprechend ändern, wenn sie ein weiteres Mal, diesmal mit veränderter Koalitionslage, nach ihrer Wahlabsicht gefragt werden. Für diese Befragten scheinen sich die entsprechenden Koalitionserwartungen auf ihre Wahlabsicht auszuwirken. So geben etwa 16% der Befragten an, eine andere Partei zu wählen, wenn sich die Grünen für eine Beteiligung an einer CDU/CSU-geführten Koalition aussprechen würden. Der vergleichbare Wert innerhalb der Sympathisanten<sup>8</sup> der Grünen (28%) und der Union (21%) ist deutlich höher, während er bei den Sympathisanten der anderen Parteien entsprechend niedriger ist. Die Ankündigung einer Ampel-Koalition in der zweiten Vignette hätte ähnliche Auswirkungen für die Anzahl der Befragten, die dann ihre Wahlabsicht ändern würden. 17% geben an, das zu tun. Unter den Sympathisanten der FDP ist das fast jeder dritte (29%). Im dritten Szenario geben ebenfalls 17% aller Befragten an, ihre Wahlabsicht zu ändern, falls sich SPD und Grüne für eine Koalition mit der Linkspartei aussprechen würden. Hier erwarten wir wiederum einen höheren Wert unter den SPD-Sympathisanten, obwohl es für die SPD eine der wenigen Machtoptionen gewesen wäre. Immerhin 23% der SPD-Sympathisanten geben an, bei dieser Koalitionslage eine andere Partei zu wählen. Die letzte Vignette sollte besondere Auswirkungen auf die Wahlabsicht von FDP-Sympathisanten

<sup>8</sup> Ein Befragter wird als Sympathisant einer Partei bezeichnet, wenn er diese auf einer Sympathie-Skala (-5/+5) am höchsten bewertet.

haben. Eine Ankündigung, dass die FDP nun nicht mehr mit der Union, sondern mit der SPD zusammen regieren möchte, hätte für 18% aller Befragten die Folge, dass sie daraufhin eine andere Partei wählen wollen. Für Sympathisanten der FDP zeigt sich unsere Erwartung bestätigt. Hier sprechen sich mit 31% sogar noch mehr Befragte als bei dem Ampel-Szenario für eine veränderte Wahlabsicht aus.

Neben der Interpretation von veränderten Wahlabsichten, die den Erwartungen vor dem Hintergrund der aktuellen Koalitionslagen entsprechen, zeigt Tabelle 3 noch einen weiteren interessanten Punkt. Je nach Koalitionslage, die in den Vignetten definiert wird, geben konstant mehr Befragte an, nun doch eine Wahlabsicht zu haben statt, was man bei geringer Motivation der Befragten erwarten könnte, sich aus diesem Frageblock herauszunehmen und keine Wahlabsicht mehr anzugeben. Zieht man die Zeilen ‚Mobilisierung‘ und ‚Demobilisierung‘ voneinander ab, dann geben nun mehr Befragte an, doch nun eine Wahlabsicht für eine Partei zu besitzen. Zwischen 7% und 11% der Befragten kommen zur potentiellen Wählerschaft hinzu. Ein solcher Netto-Mobilisierungs-Effekt ist konsistent mit den Ergebnissen von Irwin/van Holsteyn (2003) für die Niederlande sowie Meffert/Gschwend (2010b) für Österreich, die ähnliche Werte finden.

Bei der Interpretation der obigen Ergebnisse müssen zwei Einschränkungen gemacht werden. Zum einen ist es möglich, dass zwar eine entsprechende Koalitionserwartung induziert wird, die aber letztlich nicht zu einer veränderten Wahlabsicht führt, weil die veränderte Koalitionslage auf den individuellen Entscheidungsfindungsprozess keinen Einfluss hat. Ein Anhänger einer schwarz-gelben Koalition dürfte etwa von der Ankündigung, dass sich Rot-grün für eine Koalition mit den Linken ausspricht, wenig beeindruckt sein. Auf die Frage, ob eher die Union oder die FDP seine Stimme bekommen soll, also welche Wahl den größten Erwartungsnutzen in seiner Nutzenfunktion erbringt, hat dieses Koalitionssignal als Erwartungswert für diese Koalitionsoption keinen Einfluss. Die Konsequenz ist, dass die Vignetten sogar bei Befragten mit einer stabilen Wahlabsicht wirken können, aber nicht alleine zu einer veränderten Wahlabsicht führen. Zum anderen könnte es auch sein, dass die Wirkung der Vignetten überschätzt wird und eine veränderte Wahlabsicht allein schon dadurch beobachtbar ist, weil der Befragte ein weiteres Mal nach seiner Wahlabsicht gefragt wurde. Für diese alternative Erklärung der Ergebnisse können wir in diesem Design nicht kontrollieren.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Ferner ist zu berücksichtigen, dass das vorliegende Online-Access-Panel nicht auf einer Zufallsstichprobe aus der Gesamtbevölkerung beruht und Befragte mit starker Parteiidentifikation, hohem Alter und niedriger Bildung unterrepräsentiert sind. Dadurch wird die Wechselneigung tendenziell überschätzt.

Neben den Auswirkungen veränderter Koalitionserwartungen bleibt letztlich noch der Blick auf die Aggregatebene. Hätten solche Koalitionssignale ein verändertes Wahlergebnis bewirkt? Diese Frage können wir nur insofern beantworten, als dass wir die Wahlabsicht im Aggregat für alle Befragten mit der ursprünglich geäußerten Wahlabsicht vergleichen. Tabelle 4 fasst diese Ergebnisse zusammen.

*Tabelle 4: Koalitionserwartungen und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009*

Partei	Ursprüngliche Wahlentscheidung	Aggregatebene			
		Wahlentscheidung bei Koalitionsvignette: CDU/CSU, Grüne	Wahlentscheidung bei Koalitionsvignette: SPD, Grüne, FDP	Wahlentscheidung bei Koalitionsvignette: SPD, Grüne, Die Linke	Wahlentscheidung bei Koalitionsvignette: FDP, SPD
CDU/CSU	30.63	23.22	31.28	32.45	31.62
SPD	27.84	25.43	21.78	16.98	24.82
FDP	10.16	14.74	9.9	12.2	10.62
Bündnis 90/Die Grünen	15.02	12.78	16.67	13.21	13.25
Die Linke	11.49	13.51	11.71	13.46	11.58
Andere Partei	4.86	10.32	8.7	11.7	8.11

Quelle: Vorwahl-Online-Tracking IV der GLES (GLES1004\_Pre 1.1). Alle Wähler. Zelleinträge sind Spaltenprozente (mit evtl. Rundungsungenauigkeiten).

Hätten andere Koalitionssignale das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2009 verändern können? Bei der Interpretation der obigen Tabelle ist wichtig zu beachten, dass die Daten aus einem Online-Panel kommen und nicht in Hinblick auf ihre fehlende Repräsentativität gewichtet sind. Daher entsprechen die Stimmenanteile der Parteien weder dem Wahlergebnis noch Umfrageergebnissen aus dem gleichen Zeitraum. Nichtsdestotrotz können die Unterschiede zur ursprünglichen Wahlentscheidung interpretiert werden. Für die Union, die während der Feldzeit dieser Studie nach den Umfragen auf eine Mehrheit mit der FDP hoffen durfte, gab es mit Ausnahme des Koalitionssignals in der ersten Vignette mit einer Koalitionsbeteiligung der Grünen keine deutlichen Auswirkungen. Das Signalisieren der Union, einer Regierungsbeteiligung der Grünen offen gegenüber zu stehen, hätte hier 7%-Punkte weniger eingebracht. Auch die Grünen hätten übrigens davon nicht profitieren können und etwa 2%-Punkte eingebüßt. Überraschenderweise hätte die Ankündigung einer Ampelkoalition in der zweiten Vignette der FDP im Endeffekt nicht geschadet. Die neu hinzugewonnen Wähler könnten die abgewanderten Wähler durchaus kompensieren. Dasselbe Bild zeigt sich auch für die Ankündigung einer Neuauflage der sozial-liberalen Koalition, wie in der vierten Vignette suggeriert wurde. Die FDP scheint vor diesem Hintergrund viele denkbare Koalitionsoptionen zu haben. Insbesondere braucht sich diese Partei eher keine Sorgen um etwaige Verluste am Wahlabend aufgrund von bestimmten Koalitionssignalen zu machen. Die verprellten Wähler können, nach unseren Zahlen zumindest, von den neu

hinzugewonnenen Wählern kompensiert werden. Hingegen zeigt die dritte Vignette, dass die Ankündigung einer Linkskoalition der SPD massiv geschadet hätte. Nach den Daten, die uns vorliegen, hätte sie 11%-Punkte weniger im Endergebnis bekommen. Zusammenfassend zeigt sich also, dass Koalitionserwartungen einen beträchtlichen Einfluss auf individuelles Wahlverhalten und auch auf das Wahlergebnis haben können. Die Ergebnisse müssen aber vor dem Hintergrund der existierenden Koalitionslage interpretiert werden. Diese potentiell große Variabilität der Wahlentscheidungen wirft schließlich auch die Frage auf, inwieweit ein solches Verhalten als rational bezeichnet werden kann.

#### **4. Zur Rationalität ehrlichen und strategischen Wählens**

Eine mit der Untersuchung von strategischem Wahlverhalten in Zusammenhang stehende Frage ist die nach der Rationalität der Wahlentscheidung. So beinhaltet eine strategische Wahl nicht nur das Abweichen von der obersten Parteipräferenz. Eine solche Abweichung muss zusätzlich für den entsprechenden Wähler auch rational im Sinne von (Erwartungs-)Nutzen steigernd sein.<sup>10</sup> Während uns keine Arbeiten bekannt sind, die theoretisch die zweitgenannte Bedingung zurückweisen, wird bei empirischen Untersuchungen häufig einseitig auf das Abweichen von Erstpräferenzen fokussiert. Unser Ziel in diesem Abschnitt ist es daher, die Rationalität von abweichendem, aber auch von ehrlichem Wahlverhalten zu untersuchen. Hierfür nutzen wir ein rationales Kalkül des Wählens wie es von Downs (1957) und Riker/Ordeshook (1968) für Mehrheitswahlsysteme entwickelt und von Linhart (2007, 2009) für Mehrparteiensysteme als Resultat beliebiger Wahlsysteme weiterentwickelt wurde. Mit Blick auf die in Abschnitt 3 beschriebenen Vignetten stellt sich für uns speziell die Frage nach den Auswirkungen von bestimmten (subjektiv wahrgenommenen) Koalitionssignalen.

##### 4.1. Herleitung eines rationalen Kalküls

Ausgangspunkt für das weiterentwickelte rationale Kalkül ist ein vierstufiges Entscheidungsmodell nach Austen-Smith/Banks (1998) wie in Abbildung 3 dargestellt. Auf jeder Stufe besitzen die Akteure Handlungsalternativen, die im Zusammenspiel mit äußeren Zuständen (im Sinne von *states of the world*) bzw. Aktionen anderer Spieler zu bestimmten Ergebnissen führen. Um mit Blick auf das Endergebnis, ein Politikergebnis  $o$  im Politikraum  $O$ , eine optimale Strategie zu wählen, müssen bei den Entscheidungen auf jeder Stufe die Spiele der folgenden Stufen via *backwards induction* antizipiert werden. Dieser Logik nach

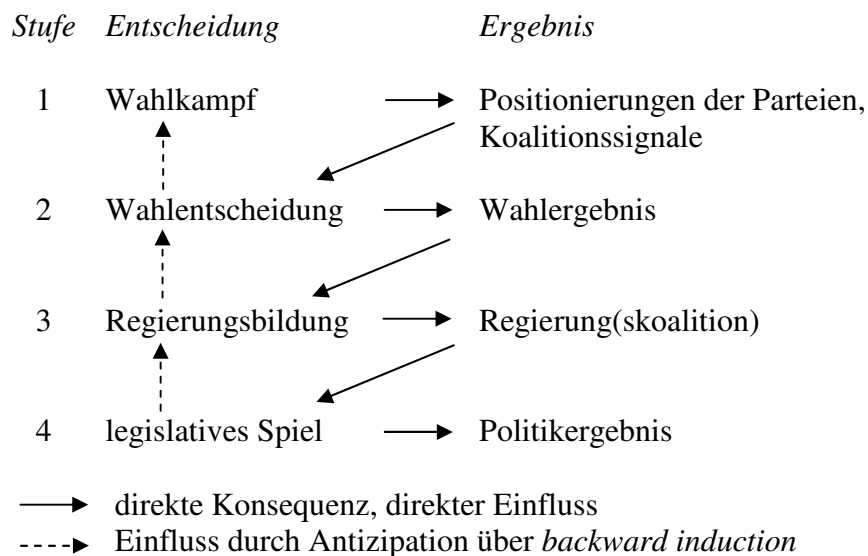
---

<sup>10</sup> Man muss nicht soweit gehen und die Einschätzung von Buchanan/Yoon (2006) teilen, und mit alleinigem Verweis auf die zweite Komponente jedes rationale Wahlverhalten als strategisch einzuschätzen, wenngleich deren Sichtweise einen interessanten Blickwinkel darstellt.



bewerten Parteien auf Stufe 3 nicht eine Koalition  $C$  an sich, sondern die Politik  $o(C) \in O$ , die sie durchsetzen wird. Für einen Wähler auf Stufe 2 ist nicht das Wahlergebnis  $V$  Grundlage seiner Bewertung, sondern die Sitzverteilung  $S(V)$ , die auf Grundlage des Wahlergebnisses im Parlament vorhanden sein wird,<sup>11</sup> die Regierung  $C(S(V))$ , die sich auf Basis dieser Sitzverteilung bilden wird und letztlich die Politik  $o(C(S(V)))$ , die diese Regierung umsetzen wird (vgl. hierzu bereits Downs 1957: 147). Das Ergebnis von Stufe 1, des Wahlkampfes, ist zum Zeitpunkt der Wahlentscheidung bekannt. Parteipositionierungen und Koalitionssignale sind zwar für die Wahlentscheidung relevant, stellen aber keine unsicheren Variablen dar und müssen nicht antizipiert werden. Umgekehrt kann allerdings unter Antizipation von Wahlentscheidung, Regierungsbildung und legislativem Spiel untersucht werden, welche Positionierungen und welche Signale optimale Wahlkampfstrategien der Parteien darstellen, wie durch die Untersuchung der Auswirkungen verschiedener Vignetten in Abschnitt 3 gezeigt werden konnte.

Abbildung 3: Ein vierstufiges Modell politischen Entscheidens



Quelle: Eigene Darstellung nach Austen-Smith/Banks (1988) und Linhart/Huber (2009).

<sup>11</sup> Die Ermittlung einer Sitzverteilung aus einem Wahlergebnis ist rein technischer Natur und stellt innerhalb ein und desselben Systems keine Variable dar. Anders als bei den explizit aufgeführten Stufen spielen hier weder Aktionen anderer Spieler noch aus verschiedenen *states of the world* resultierende Unsicherheiten eine Rolle. Die Frage, wie ein Wahlsystem Stimmen in Sitze transformiert, ist somit zwar hochrelevant, braucht aber nicht als eigene Stufe des Modells berücksichtigt zu werden.

Das Kalkül der rationalen Wahl ergibt sich aufbauend auf dem mehrstufigen Modell politischen Entscheidens wie folgt:<sup>12</sup> Bezeichnet  $P = \{1, \dots, n\}$  die Menge der zur Wahl stehenden Parteien, so besitzt ein Wähler  $i$  genau  $n+1$  Handlungsalternativen  $(A_0, \dots, A_n)$ .  $A_p$  bezeichnet dabei die Wahl der Partei  $p$ ,  $A_0$  die Wahlenthaltung. Riker/Ordeshook (1968) folgend wird das Kalkül entscheidungstheoretisch, nicht spieltheoretisch, ermittelt, so dass die aggregierte Wahlentscheidung der anderen Wähler als äußerer Zustand  $Z_h$  aufgefasst wird. Aus dem Zusammenspiel der Entscheidung  $A_p$  und dem Zustand  $Z_h$  resultiert ein Wahlergebnis  $V_{ph}$ , welches bei gegebenem Wahlsystem zu einer Sitzverteilung  $S(V_{ph}) = S_{ph}$  führt. Der Erwartungsnutzen jeder Handlungsalternative  $A_p$  ergibt sich aus der Summe der Bewertung aller durch sie möglichen Wahlergebnisse  $V_{ph}$  (bzw. Sitzverteilungen  $S_{ph}$ ), gewichtet mit der Wahrscheinlichkeit  $q(Z_h)$  der zugehörigen *states of the world*:

$$(1) \quad Eu_i(A_p) = \sum_h q(Z_h) \cdot Eu_i(V_{ph}) \quad \text{für alle } p = (0, \dots, n).$$

Diejenige Handlungsalternative mit dem höchsten Erwartungsnutzen entspricht der rationalen Wahl (bzw. im Fall von  $A_0$  der rationalen Nichtwahl).

Die Bewertung des Wahlergebnisses erfolgt wie oben beschrieben über mehrere Stufen. Auf der 3. Stufe des Spiels wird die Bewertung von Wahlergebnissen durch die Bewertung von möglichen Regierungen  $C$  ausgedrückt. Die Potenzmenge über  $P$  – abzüglich der leeren Menge –,  $2^P \setminus \emptyset$ , entspricht der Menge aller möglichen Regierungszusammensetzungen. In Abhängigkeit von dem Wahlergebnis sowie weiteren Faktoren ist das Zustandekommen der verschiedenen möglichen Regierungen unterschiedlich wahrscheinlich. Die Abhängigkeit von dem Wahlergebnis ist etwa daran erkennbar, dass – zumindest im System der Bundesrepublik – eine Regierung, bspw. eine Koalition aus CDU/CSU und FDP, wahrscheinlicher ist, wenn es sich bei diesem Bündnis um eine minimale Gewinnkoalition handelt. Besitzen Union und FDP keine parlamentarische Mehrheit oder verfügt die Union alleine über eine absolute Mehrheit, so ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass diese Koalition  $C$  Ergebnis des Regierungsbildungsprozesses auf Stufe 3 ist. Beschreibt  $\pi_{S(V)}(C)$  die Wahrscheinlichkeit, dass bei gegebener Sitzverteilung  $S(V)$  die Koalition  $C$  Ergebnis von Stufe 3 ist, so lässt sich der erwartete Nutzen über ein Wahlergebnis  $Eu_i(S(V))$  ausdrücken über die Bewertung der daraus resultierenden möglichen Regierungen:

$$(2) \quad Eu_i(S(V)) = \sum_C \pi_{S(V)}(C) \cdot Eu_i(C).$$

Eingesetzt in Formel (1) ergibt sich daraus für die Erwartungsnutzen über die Handlungsalternativen:

---

<sup>12</sup> Wir folgen bei der Beschreibung des Kalküls Linhart (2007, 2009), ohne bei jeder einzelnen Aussage auf diese Quellen zu verweisen. Der allgemeine Hinweis an dieser Stelle mag genügen. Für eine komprimierte, überblicksartige Darstellung siehe auch Linhart/Huber (2009).

$$(3) \quad Eu_i(A_p) = \sum_h q(Z_h) \cdot (\sum_C \pi_{S(V_{ph})}(C) \cdot Eu_i(C)) \quad \text{für alle } p = (0, \dots, n).$$

Die Bewertung einer Regierung  $C$  erfolgt wiederum über die Politik  $o$ , die sie auf Stufe 4 des Gesamtmodells erwartungsgemäß betreibt. Beschreibt  $\theta_C(o)$  die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung  $C$  die Politik  $o$  umsetzt, dann entspricht der Erwartungsnutzen einer Regierung

$$(4) \quad Eu_i(C) = \sum_o \theta_C(o) \cdot u_i(o).$$

Eingesetzt in Formel (3) ergibt sich daraus für die Erwartungsnutzen der einzelnen Handlungsalternativen

$$(5) \quad Eu_i(A_p) = \sum_h q(Z_h) \cdot (\sum_C \pi_{S(V_{ph})}(C) \cdot (\sum_o \theta_C(o) \cdot u_i(o))) \quad \text{für alle } p = (0, \dots, n).$$

Der Nutzen über Politikergebnisse  $o$  kann über eine der Standardnutzenfunktionen in räumlichen Modellen abgeschätzt werden, z.B. über die negative, quadratische Distanzfunktion:

$$(6) \quad u_i(o) = -(y_i - o)^2,$$

wobei  $y_i$  die Idealposition des Wählers  $i$  notiert.

#### 4.2. Operationalisierung

Wie oben zum Teil schon angedeutet, wurden im Rahmen der Vorwahl-Querschnittsbefragung der GLES die meisten der zur Ermittlung des rationalen Kalküls notwendigen Daten abgefragt. Die Idealposition  $y_i$  jedes Befragten  $i$  ergibt sich aus der Selbsteinschätzung auf einer Links/Rechts-Skala von 1 (links) bis 11 (rechts). Diese Skala, auf der die Befragten ebenso die Positionen  $y_p$  einzelner Parteien  $p$  verorten mussten, stellt somit den Politikraum  $O$  aus Sicht des Wählers  $i$  dar. Diese Positionen  $y_p$  stellen gleichzeitig ein wahrgenommenes Ergebnis des Wahlkampfes auf Stufe 1 dar, auf dessen Grundlage  $i$  seine Wahlentscheidung trifft. Der zweite Aspekt der Wahlkampfstufe, die Koalitionssignale, wurden mithilfe der Frage erhoben, für wie wahrscheinlich die Befragten *unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen* verschiedene Parteien für bereit halten, bestimmte Koalitionen einzugehen (vgl. Tabelle 2). Mithilfe dieser Fragen lassen sich die meisten Variablen zur Ermittlung des rationalen Kalküls (Formel 5) abschätzen. Zusätzlich notwendig ist eine subjektive Einschätzung der Befragten über die möglichen *states of the world* – also die aggregierten Wahlentscheidungen ihrer Mitbürger. Jeder solche *state of the world* besteht aus einem Vektor  $Z$ , der die kumulierten Stimmen für CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke und Sonstige enthält:  $Z = (z_C, z_S, z_F, z_G, z_L, z_{sonst})$ . Eine solch detaillierte Frage wurde im Rahmen von GLES nicht erhoben, allerdings kann davon ausgegangen werden, dass den Befragten sich bei ihren Einschätzungen möglicher Wahlergebnisse an den veröffentlichten Umfragen

der einschlägigen Institute orientieren können. Tabelle 5 gibt einen Überblick über publizierte Wahlumfragen im Zeitraum der GLES-Befragung.

Den statistischen Fehler der Erhebungen als Momentaufnahmen geben die Institute mit rund  $\pm 2,5$  Prozentpunkten für die beiden großen Parteien und  $\pm 1,5$  Prozentpunkten für die drei kleineren Parteien an. Vergleicht man Mittelwert, Minima und Maxima innerhalb des Erhebungszeitraums, erweist sich diese Fehlertoleranz auch als angemessen bis eher zu gering für die Einschätzungen der Wähler über die Unsicherheit, wenn sie die Stimmungen als Prognosen interpretieren.

*Tabelle 5: Wahlumfragen im Zeitraum der GLES-Befragung*

Institut	Datum	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonstige
Emnid	12.08.2009	35	24	14	12	11	4
Forsa	12.08.2009	38	21	13	12	11	5
Infratest dimap	13.08.2009	37	22	15	12	9	5
Allensbach	18.08.2009	36,5	23	14,5	13	9	4
Emnid	19.08.2009	36	23	14	12	10	5
Forsa	19.08.2009	37	22	13	12	11	5
FG Wahlen	21.08.2009	37	23	14	12	9	5
Infratest dimap	21.08.2009	36	23	15	13	9	4
Emnid	26.08.2009	36	24	14	12	10	4
Forsa	26.08.2009	37	22	13	12	10	6
Infratest dimap	27.08.2009	35	23	15	13	10	4
FG Wahlen	28.08.2009	37	23	14	12	9	5
Allensbach	01.09.2009	35,5	23	14	13,5	9,5	4,5
Emnid	02.09.2009	35	24	14	11	11	5
Forsa	02.09.2009	36	22	14	12	10	6
Emnid	03.09.2009	34	26	14	11	11	4
Infratest dimap	03.09.2009	35	23	14	13	11	4
FG Wahlen	04.09.2009	37	23	15	11	10	4
Allensbach	09.09.2009	35	22,5	13	13	11,5	5
Emnid	09.09.2009	35	24	13	12	12	4
Forsa	09.09.2009	35	21	14	10	14	6
Infratest dimap	10.09.2009	35	23	14	12	12	4
FG Wahlen	11.09.2009	36	23	14	11	11	5
Allensbach	15.09.2009	36	22,5	12,5	12	12	5
Forsa	16.09.2009	35	22	13	11	13	6
Forsa	16.09.2009	37	24	12	11	10	6
Emnid	17.09.2009	35	25	13	11	12	4
Infratest dimap	17.09.2009	35	26	14	10	11	4
FG Wahlen	18.09.2009	36	25	13	10	11	5
Allensbach	22.09.2009	35	24	13,5	11	11,5	5
Forsa	23.09.2009	35	26	13	11	10	5
Forsa	25.09.2009	33	25	14	10	12	6
Mittelwert		35,7	23,3	13,7	11,7	10,7	4,8
Minimum		33	21	12	10	9	4
Maximum		38	26	15	13,5	14	6
Amtliches Endergebnis (Zweitstimmen)		33,8	23,0	14,6	10,7	11,9	6,0

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Wahlrecht (2009). Angaben in Prozent.

Basierend auf diesen Daten operationalisieren wir das Kalkül wie folgt: Der Mittelwert über die Wahlumfragen wie in Tabelle 5 angegeben dient als Ausgangspunkt für die Abschätzung der aggregierten Wahlentscheidungen der *alteri*,  $Z^*$ .<sup>13</sup> Die Stimmen für die Sonstigen müssen hierbei nicht berücksichtigt werden, da bei diesen Größenordnungen ausgeschlossen werden kann, dass eine der sonstigen Parteien die Fünf-Prozenthürde überspringt. Die Stimmabgabe für eine sonstige Partei besitzt also faktisch den gleichen Effekt wie die Wahlenthaltung  $A_0$ . Bezeichnet weiter  $\varphi = (\varphi_C, \varphi_S, \varphi_F, \varphi_G, \varphi_L)$  die Unsicherheit in Bezug auf die Umfragen, so bildet das kartesische Produkt über alle Parteien  $\zeta = \times_{p \in P} [z_p^* - \varphi_p, z_p^* + \varphi_p]$  den Raum aller realistischen *states of the world*.<sup>14</sup> Linhart (2007) folgend setzen wir  $q(Z) = 0$  für alle  $Z \notin \zeta$  und nehmen alle  $Z \in \zeta$  als gleichwahrscheinlich an (formal:  $q(Z) = 1 / (\prod_{p \in P} 2\varphi_p + 1)$  für alle  $Z \in \zeta$ ).

Die Kombination einer Handlungsalternative  $A_p$  und eines Zustands  $Z_h$  führt zu einem Wahlergebnis  $V_{ph}$ , indem der entsprechenden Partei  $p$  eine Stimme hinzugefügt wird:

$$(7) \quad V_{ph} = (z_{h1}, \dots, z_{hp}+1, \dots, z_{hn}) \quad \text{für alle } p = (1, \dots, n).$$

Enthält sich Wähler  $i$  bei der Wahl ( $A_0$ ), so entspricht das Wahlergebnis von seinen Werten her dem Zustand ( $V_{0h} = Z_h$ ).

Da sich auf Bundesebene seit 1957 keine übergroße Koalition mehr gebildet hat und Minderheitsregierungen bislang noch nie aktiv gebildet wurden, halten wir es für eine realistische Annahme, die Wahrscheinlichkeit für alle Regierungen  $C$ , die nicht minimal gewinnend sind, auf 0 zu setzen. Die verbleibenden Regierungen erhalten Indexpunkte von 0 bis 3 entsprechend den subjektiven Einschätzungen 4 (sehr unwahrscheinlich) bis 1 (sehr wahrscheinlich), wie oben beschrieben. Nach Normierung ergeben diese Indexpunkte eine geeignete Wahrscheinlichkeitsfunktion  $\pi$ , die hinreichend stark vom Wahlergebnis  $V$  abhängt. Für die Abschätzung, mit welcher Wahrscheinlichkeit welche Koalition welches Politikergebnis produziert, weichen wir von den Formeln (4) und (5) ab. Um die Komplexität des Kalküls nicht überzustrapazieren,<sup>15</sup> folgen wir Linhart (2007) sowie Linhart/Huber (2009), setzen deterministisch  $Eu_i(C) \equiv u_i(o(C))$  und schätzen  $o(C)$  als gewichteten Mittelwert der Positionen der Koalitionsparteien ab:

$$(8) \quad o(C) = (\sum_{p \in C} s_p \cdot y_p) / (\sum_{p \in C} s_p).$$

<sup>13</sup> Um mit dem Modell in Einklang zu stehen, sind die Einträge für  $Z^*$  und  $\varphi$  nicht in Prozenten zu verstehen, sondern in Absolutstimmen, die sich aus der Multiplikation der Stimmanteile mit der Gesamtzahl von 43,37 Mio. gültigen Stimmen ergeben.

<sup>14</sup> Die Unsicherheit beträgt hierbei für CDU/CSU und SPD 2,5% der Gesamtstimmen, für FDP, Grüne und Linke 1,5%. Der leichten Unterschätzung dieser Varianz wird Rechnung dadurch getragen, dass die untere (obere) Grenze für eine Partei in Prozentpunkten weiter sinkt (steigt), wenn für die übrigen Parteien die oberen (unteren) Grenzen angenommen werden.

<sup>15</sup> Zur Diskussion, dass mit diesen Vereinfachungen wichtige Aspekte der einzelnen Stufen unbeleuchtet bleiben, etwa die Rolle des Bundesrats im legislativen Entscheidungsprozess und gemischte, nicht rein auf Politikergebnisse abzielende Motivationen von Parteien bei der Regierungsbildung, vgl. Linhart/Huber (2009: 139f).

#### 4.3. Wie häufig wird nach dem rationalen Kalkül gewählt?

Mit Hilfe des GLES-Vorwahl-Querschnitts lässt sich die Anwendung des oben erläuterten rationalen Kalküls also vergleichsweise gut überprüfen, da gezielt nach den Wahrnehmungen der Koalitionssignale gefragt wurde, unabhängig von den tatsächlichen Erwartungen zur Bildung der jeweiligen Koalition. Darüber hinaus hatte die Bundestagswahl 2009 den Vorteil, dass sich die Umfragewerte der Parteien während des Wahlkampfes nicht sonderlich veränderten. Insbesondere die kleinen Parteien waren sehr stabil über der Fünf-Prozent-Hürde, was die Abschätzung des rationalen Kalküls für die Wähler deutlich erleichtert, da sie eine mögliche Unsicherheit über den (Nicht-)Einzug kleiner Parteien nicht einkalkulieren mussten. Wegen der insgesamt sehr stabilen Ausgangslage der Parteien, erscheint es bei dieser Wahl deshalb nicht vermessen, den Wählern eine relativ gute Kenntnis der relativen Stärke der Parteien vor der Wahl zu unterstellen. Mit den erhobenen Wahrnehmungen der Koalitionssignale und den zugespielten Umfragewerten kann so für jeden Befragten, der sich und die Parteien auf der Links-Rechts-Skala verortet hat, die rationale Wahl ermittelt werden. Zu überprüfen bleibt, welche Wahlentscheidung die Befragten tatsächlich getroffen haben. In Tabelle 6 wurden die Befragten gemäß des Kalküls in rationale und nicht rationale Wähler unterteilt. Zusätzlich wurde danach unterteilt, ob es sich bei der Wahl um eine „ehrliche“ oder „nicht ehrliche“ Entscheidung im Sinne der Wahl der Partei mit der geringsten Distanz zur eigenen Position im ideologischen Raum handelt (Rangplatzbindungen mit gleich großer Distanz eingeschlossen). Daraus ergeben sich insgesamt vier Gruppen. Die größte Gruppe mit 30% hat nach dem rationalen Kalkül und gleichzeitig ehrlich gewählt. 28% haben ehrlich, aber nicht nach rationalem Kalkül gewählt. Immerhin 14% haben rational und abweichend von der nächsten Partei gewählt. Relativ viele Versuchspersonen (27%) haben allerdings weder rational noch ehrlich gewählt.

*Tabelle 6: Befragte aufgeteilt nach rationalem Kalkül und ehrlicher Wahlabsicht*

	Kein rationales Kalkül	Rationales Kalkül	$\Sigma$
Nicht ehrlich	27%	14%	42%
Ehrlich	28%	30%	58%
$\Sigma$	55%	45%	100%

Quelle: Vorwahl-Querschnitt der GLES (GLES1101\_Pre1.3), N=1175..

Insgesamt ergibt sich also ein Anteil von 45%, der nach dem oben ausgeführten rationalen Kalkül gewählt hat. Plausibel erscheint, dass unter den rationalen Wählern mehr sind, die auch gleichzeitig ehrlich wählen. Die Theorie impliziert ja nicht, dass eine rationale Wahl

häufiger eine abweichende Wahl sein muss. Über die Größenverhältnisse von abweichender und ehrlicher Wahl kann die Theorie zunächst nichts sagen.

Vergleicht man die Wahlentscheidung der Befragten mit den Stimmanteilen der Parteien unter der Annahme, dass a) alle Wähler ehrlich die ihnen nahesten Partei wählen und b) alle Wähler dem rationalen Kalkül folgen würden (vgl. Tabelle 7), so lassen sich daraus verschiedene Erkenntnisse ziehen. Erstens ist festzuhalten, dass alle drei Szenarien von dem späteren tatsächlichen Wahlergebnis und den in Tabelle 5 ausgewiesenen Umfragewerten dahingehend abweichen, dass – will man die Parteien in ein schwarz-gelbes und ein linkes Lager unterteilen – die Gesamtanteile des linken Lagers insgesamt zu hoch und die des schwarz-gelben Lagers zu niedrig sind. Da dies explizit auch für die abgefragte Wahlentscheidung gilt, ist die Überschätzung des linken Lagers nicht (alleine) auf die Annahme des Distanzwählers im räumlichen Modell zurückzuführen oder dem rationalen Kalkül geschuldet, sondern der Tatsache, dass unter den Befragten in der Sample mehr linke Wähler zu finden sind als bei der Bundestagswahl selbst.

*Tabelle 7: Ehrliche und rationale Wähler nach Parteien*

Partei	Wahlentscheidung	ehrliche Wähler	rationale Wähler
CDU/CSU	32,85	19,47	33,84
SPD	26,04	25,46	57,58
FDP	11,66	21,08	4,73
Bündnis 90/Die Grünen	13,70	22,18	1,58
Die Linke	15,74	11,81	2,26

Quelle: Vorwahl-Querschnitt der GLES (GLES1101\_Pre1.3), N=1175; Werte als Spaltenprozent.

Zweitens ist festzustellen, dass die Nähe vieler Wähler zur FDP und zu den Grünen größer ist, als sich dies in der verlautbarten Wahlentscheidung ausdrückt. Viele Wähler, die der FDP näher stehen, äußerten sich dahingehend, ihre Stimme CDU oder CSU geben zu wollen. Im linken Lager profitierte die Linkspartei von Abweichungen von der ehrlichen Wahl; die Stimmanteile für die SPD sind nahezu identisch.

Drittens stellen wir fest, dass das rationale Kalkül vor allem einen Anreiz liefert, die großen Parteien zu wählen. Die oben beschriebene Lagereinteilung ist auch hier zu erkennen, mit dem Unterschied, dass die rund 40% Anhänger des schwarz-gelben Lagers rational zum Großteil CDU/CSU wählen sollten, während die 60% linken Wähler nahezu alle mit einer Stimmabgabe für die SPD ihren Erwartungsnutzen maximieren. Diese Wirkrichtung des rationalen Kalküls hin zu den großen Parteien fand sich bereits in früheren Analysen (Linhart 2007, 2009; Linhart/Huber 2009), ist jedoch nicht strukturell bedingt. Vielmehr basieren alle Analysen auf – objektiven oder subjektiv wahrgenommenen – Koalitionssignalen, bei denen Bündnisse mit mehr als zwei Fraktionen als eher unwahrscheinlich erscheinen (siehe auch

Tabelle 2). Die Große Koalition wird hingegen stets für eine mögliche Option gehalten, eine Stimme für die Parteien dieses Bündnisses wirkt sich daher mit großer Wahrscheinlichkeit auf das Politikergebnis aus. Die Rationalität der Stimmabgabe eines linken Wählers für die SPD lässt sich etwa wie folgt begründen:<sup>16</sup> Unter der Annahme, dass bei einer schwarz-gelben Mehrheit eine Regierung aus Union und FDP vermutlich ins Amt kommt und die Große Koalition andernfalls das wahrscheinlichste Ergebnis des Koalitionsbildungsprozesses ist, sind für einen linken Wähler genau diese beiden Szenarien relevant. Im Falle einer schwarz-gelben Mehrheit könnte er bestenfalls mit der Wahl von CDU, CSU oder FDP marginal einen Beitrag zum intra-koalitionären Ausbalancieren leisten. Der entsprechende Effekt ist in den meisten Fällen gering. Ohne eine schwarz-gelbe Mehrheit allerdings kann nur eine starke SPD das antizipierte Politikergebnis deutlich nach links verschieben. Eine Stimme für die Grünen oder die Linke sind mit Blick auf das Politikergebnis wirkungslos, solange Alternativen wie die Ampel, Jamaika oder eine Linkskoalition unwahrscheinlich sind.

*Tabelle 8: Ehrliche Wahl und rationales Kalkül nach Parteien*

ehrlische Wahl:	rationales Kalkül:					Summe
	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	
CDU/CSU	17,18 (88,24)	0,84 (4,29)	0,62 (3,16)	0,37 (1,92)	0,47 (2,39)	19,47 (100)
SPD	2,16 (8,49)	21,98 (86,35)	1,07 (4,20)	0,08 (0,30)	0,17 (0,66)	25,46 (100)
FDP	11,48 (54,47)	6,34 (30,07)	1,86 (8,84)	0,19 (0,90)	1,20 (5,71)	21,08 (100)
Bündnis 90/ Die Grünen	2,40 (10,81)	17,82 (80,34)	0,94 (4,22)	0,74 (3,32)	0,29 (1,31)	22,18 (100)
Die Linke	0,62 (5,22)	10,60 (89,80)	0,25 (2,10)	0,21 (1,74)	0,13 (1,14)	11,81 (100)
Summe	33,84	57,58	4,73	1,58	2,26	100

Quelle: Vorwahl-Querschnitt der GLES (GLES1101\_Pre1.3), N=1175; Werte in Prozentanteilen; in Klammern: Zeilenprozente.

Die Untersuchung des rationalen Kalküls in Abhängigkeit von der nächsten Partei bestätigt diese Logik (Tabelle 8). Erwartungsgemäß ist die SPD die rationale Wahl für die meisten ihrer Anhänger (86,35%), aber auch für die meisten Wähler, deren nächste Partei Grüne oder Linke sind (80,34% bzw. 89,80%). Auch für Wähler, deren ehrliche Wahl die CDU/CSU darstellt, ist diese Wahl zum Großteil (88,24%) gleichzeitig die rationale Wahl. Etwas differenzierter stellt sich die Lage für ehrliche FDP-Wähler dar. Auch für die meisten dieser Wähler ist eine Stimmabgabe für die Union die rationale Entscheidung; der Anteil von

<sup>16</sup> Zur Frage nach der Rationalität der Stimmabgabe für Union oder FDP eines Anhängers des schwarz-gelben Lagers siehe Teilabschnitt 4.5.



54,47% bleibt aber hinter den übrigen Zeilenmaxima zurück. Der Grund hierfür ist die häufig wahrgenommene Positionierung der Liberalen zwischen Union und SPD. Ist die SPD die nähere der beiden größeren Parteien, gilt die Logik der beiden Lager nur noch sehr abgeschwächt. Gerade in dem Szenario ohne schwarz-gelbe Mehrheit mit der Folge einer Großen Koalition kann dann eine Stärkung der Sozialdemokraten auch für FDP-Wähler einen positiven Effekt besitzen.

#### 4.4. Einfluss der einfachen Distanzwahl und des rationalen Kalküls auf die Wahlentscheidung

Im Folgenden wollen wir auf die Frage eingehen, inwieweit die Wahlabsicht für einzelne Parteien mit dem rationalen Kalkül erklärt werden kann. Nachdem wir zuvor die rationale Wahl vor allem als abhängige Variable betrachtet haben und Fragen nachgegangen sind, unter welchen Bedingungen rationales Wählen wahrscheinlicher bzw. unwahrscheinlicher wird, überprüfen wir nun also, inwiefern das rationale Kalkül als unabhängige Variable einen Beitrag zur Erklärung der Wahlentscheidung leisten kann. Ein gewisser Zusammenhang zwischen ehrlicher und rationaler Wahl – gerade für die großen Parteien in unserem Experiment – ist nicht zu übersehen. Um einen Hinweis auf die mögliche Erklärungskraft des Modells rationalen Wählens zu bekommen, soll in den folgenden Modellen getestet werden, ob das für die Befragten ermittelte rationale Kalkül über die einfache Distanzwahl hinaus einen Erklärungswert für die tatsächliche Wahlabsicht der Befragten hat.

Dabei ist zu erwarten, dass das rationale Kalkül nicht für alle Befragten einen ähnlich starken Einfluss haben wird. Ein Faktor, der sich auf die Anwendung eines rationalen Kalküls auswirken sollte, ist politisch-räumliches Denkvermögen (vgl. Linhart/Huber 2009: 152). Es sollten besonders diejenigen Wähler nach dem rationalen Kalkül entscheiden, die dazu fähig sind, politisch in räumlichen Kategorien zu denken. Wenn Wähler die Positionen der Parteien auf der Links-Rechts-Dimension richtig anordnen können, sollten sie auch eher nach der räumlichen Logik der einfachen Distanzwahl entscheiden. Wir erwarten darüber hinaus aber auch einen zusätzlichen verstärkenden Effekt für das rationale Kalkül, das das zu erwartende Politikergebnis im Blick hat.<sup>17</sup> Ein weiterer Faktor, der sich auf die Anwendung des rationalen Kalküls auswirken sollte, ist das politische Wissen. Wähler mit größerem

---

<sup>17</sup> Operationalisiert wird die politisch-räumliche Wahrnehmung mit der Anordnung der politischen Parteien auf der Links-Rechts-Dimension. Dabei wurde jeweils die Anordnung der Befragten mit den Einschätzungen von Expertenumfragen (vgl. Benoit/Laver 2006) verglichen. Da im zweidimensionalen deutschen Parteiensystem die Anforderung einer einzigen „korrekten“ Links-Rechts-Anordnung problematisch erscheint, wurde die Anforderung etwas gelockert und die relative Einschätzung der Parteien dann als korrekt codiert, wenn CDU/CSU und FDP rechts von SPD, Grünen und Linke eingeordnet wurden. Zudem musste die Linke weiter links als SPD und Grüne angeordnet sein. Wie CDU/CSU und FDP bzw. SPD und Grüne jeweils im Vergleich zueinander angeordnet waren, wurde dann aber nicht als Kriterium für die Korrektheit herangezogen

politischen Wissen sollten eher dazu in der Lage sein, ihre Wahlentscheidung rational zu treffen. Wir erwarten deshalb analog zum räumlichen Verständnis der Politik einen verstärkenden Effekt von politischem Wissen für das rationale Kalkül. Die Erklärungskraft des rationalen Kalküls auf die tatsächliche Wahlabsicht sollte entsprechend mit einem höheren politischem Wissen ansteigen.<sup>18</sup>

Da wir zunächst an einer allgemeinen Überprüfung der Erklärungskraft des Modells rationaler Wahl interessiert sind, haben wir für die hier untersuchte Fragestellung keine separaten Modelle für Anhänger der einzelnen Parteien geschätzt, sondern nur solche mit allen Befragten. Dafür haben wir den Datensatz fünffach (mit der Anzahl der im Bundestag vertretenen Parteien) „gestapelt“. Als abhängige Variable dient jeweils, ob die Befragten für oder gegen die jeweilige Partei gestimmt haben. Als erste unabhängige Variable dient die ideologische Distanz zu der jeweiligen Partei. Zusätzlich enthält die Variable *naheste Partei* die Information, ob die jeweilige Partei für den Befragten die Partei mit der geringsten ideologischen Distanz, also die „ehrliche Wahl“ für Downsianische Wähler, ist. In Modell 2 haben wir zusätzlich die Variable *Rationale Wahl* nach unserem Kalkül integriert. Um die potentiell verstärkenden Effekte des politisch-räumlichen Denkvermögens und des politischen Wissens zu untersuchen, werden in Modell 3 und 4 Interaktionen dieser Variablen mit der einfachen Distanzwahl und des rationalen Kalküls einbezogen. Da jeder Befragte wegen der Stapelung fünf Bewertungen zu dem Datensatz beiträgt, sind die Bewertungen nicht unabhängig. Folglich werden alle Antworten eines Befragten als „Cluster“ behandelt und robuste Standardfehler, die für diese Cluster korrigieren, geschätzt

Wie zu erwarten, zeigt sich für die ideologische Distanz zur jeweiligen Partei ein starker und signifikanter Effekt auf die Wahlabsicht. Je größer die wahrgenommene Distanz zur jeweiligen Partei, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, diese zu wählen. Die Variable *naheste Partei* hat darüber hinaus eine zusätzliche Erklärungskraft auf die Wahlabsicht. Das sehr einfache Modell 1 einer reinen Distanzwahl erreicht so immerhin ein Pseudo-R<sup>2</sup> von 0,16. Interessanter für unsere Analyse ist der Effekt der Variable *Rationale Wahl* in Modell 2. Das durch uns ermittelte rationale Kalkül hat einen signifikant positiven Effekt auf die tatsächliche Wahlabsicht. Der Umstand, dass die jeweilige Partei die rationale Wahl für den Befragten ist, besitzt also über die beiden räumlichen Variablen aus Modell 1 hinaus einen Einfluss. Durch das Einbeziehen der Koalitionssignale und der Stärke der Parteien bei der Kalkulation des rationalen Kalküls verbessert sich so offensichtlich die Erklärungskraft im

---

<sup>18</sup> Operationalisiert wird politisches Wissen mit dem in der GLES erfragten Wissen nach der Fünf-Prozent-Hürde. Dieses Item erscheint uns besonders in Bezug auf das rationale Kalkül ideal, weil es mit dem Wahlrecht eine zentrale Größe des notwendigen Wissens für eine rationale Stimmabgabe erfragt.

Vergleich zu einer einfachen Distanzwahl. Einige Befragten scheinen danach tatsächlich die Koalitionssignale der Parteien und ihre erwartete relative Stärke systematisch in ihr Kalkül aufgenommen zu haben.

*Tabelle 9: Erklärungskraft einfacher Distanzwahl und rationalem Kalkül*

	Wahlabsicht für jeweilige Partei			
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Ideologische Distanz zu Partei	-6,03 (0,30)***	-5,33 (0,30)***	-5,36 (0,31)***	-5,31 (0,30)***
Naheste Partei	0,48 (0,09)***	0,41 (0,10)***	-0,07 (0,14)	-0,02 (0,17)
Rationale Wahl		0,97 (0,10)***	0,55 (0,16)**	0,62 (0,19)**
Politisch-räumliches Denken			-0,37 (0,09)***	
Räumliches Denken * naheste Partei			0,73 (0,17)***	
Räumliches Denken * rationale Wahl			0,60 (0,20)**	
Politisches Wissen				-0,46 (0,10)***
Wissen * naheste Partei				0,58 (0,19)**
Wissen * rationale Wahl				0,47 (0,21)*
Konstante	-0,55 (0,07)***	-0,91 (0,08)***	-0,67 (0,09)***	-0,57 (0,10)***
McFaddens Pseudo-R <sup>2</sup>	0,16	0,19	0,20	0,20
N (Befragte)	1175	1175	1175	1175
N (Bewertungen)	5875	5875	5875	5875

Quelle: Vorwahl-Querschnitt der GLES (GLES1101\_Pre1.3). Alle Variablen wurden auf ein Intervall von 0 bis 1 standardisiert. Zellen enthalten Koeffizienten der logistischen Regression. Robuste Standardfehler in Klammern. \* p<0,05; \*\* p<0,01; \*\*\* p<0,001.

In den Modellen 3 und 4 zeigt sich weiterhin, dass dies für manche Befragte eher gilt als für andere. Zunächst zeigt Modell 3, dass politisch-räumliches Denkvermögen den Einfluss des rationalen Kalküls auf die Wahlentscheidung noch verstärkt. Befragte, die die Parteien korrekt im ideologischen Raum anordnen, wählen danach nicht nur mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die ihnen am nächsten liegende Partei. Sie wählen darüber hinaus auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die Partei, die nach dem rationalen Kalkül ihre optimale Wahl darstellt. Ähnliche Effekte finden sich für politisches Wissen in Modell 4. Auch wer über höheres politisches Wissen verfügt, wählt sowohl eher die ihm am nächsten liegende Partei als auch verstärkt nach dem rationalen Kalkül. Die beiden signifikanten Interaktionseffekte der rationalen Wahl mit räumlichen Denken und politischem Wissen

deuten also darauf hin, dass tatsächlich eher politische Experten die Parteien wählen, die sie nach dem von uns unterstellten rationalen Kalkül auch wählen sollten.

#### 4.5. Die Wahlentscheidung von Unions- und FDP-Anhängern bei der Bundestagswahl 2009

Trotz des Beitrags des rationalen Kalküls zur Erklärung der Wahlentscheidung lernen wir aus Tabelle 6 auch, dass es einen nicht zu vernachlässigenden Anteil an Wählern gibt, der weder ehrlich noch rational im Sinne unseres Kalküls wählt. Dies hängt zum Einen damit zusammen, dass nicht alle Wähler Downsianisch die ihnen politisch nahesten Partei auch am stärksten präferieren müssen. Für unseren Beitrag von größerem Interesse sind allerdings diejenigen Wähler, die strategisch motiviert von ihrer ehrlichen Wahl abweichen, ohne dabei dem rationalen Kalkül zu folgen. Linhart/Huber (2009: 152) konnten etwa zeigen, dass die Bereitschaft zum Leihstimmen-Wählen zwar in der Regel strategisch motiviert ist, aber unter bestimmten Rahmenbedingungen keine rationale Entscheidung darstellt. Die Vergabe von Leihstimmen ist nur dann sinnvoll, wenn entsprechend starke Koalitionssignale zwischen den jeweiligen Parteien vorliegen. Dies ist bei der Bundestagswahl 2009 vor allem zwischen Union und FDP der Fall (siehe die Tabellen 1 und 2). Insofern halten wir es für Erkenntnis vertiefend, detaillierter die Wahlentscheidungen von CDU/CSU- und FDP-Anhängern unter Berücksichtigung von Koalitionssignalen zu analysieren.

Nach der Bundestagswahl 2009 und dem sehr guten Abschneiden der FDP gab es besonders aus den Reihen der Union vermehrt den Hinweis darauf, dass einige Stimmen für die FDP eigentlich der Union „gehörten“ und nur aus koalitionsstrategischen Überlegungen an die FDP vergeben wurden. Nach der sogenannten Leihstimmen-These (z.B. Pappi/Thurner 2002; Gschwend 2007) kann es tatsächlich unter Umständen rational sein, dass Wähler ihre Stimme nicht der von ihnen bevorzugten Partei geben, sondern deren potenziellem – kleinerem – Partner der gewünschten Koalition, dessen Einzug ins Parlament gefährdet ist. Nach der Leihstimmen-These sollten also vor allem Anhänger der großen Partei mit der Zweitstimme strategisch wählen. Das kann natürlich nur dann gelten, wenn der kleinere Partner knapp an der 5-Prozenthürde steht, was ganz offensichtlich bei der FDP vor der Bundestagswahl 2009 nicht der Fall war. Ein Leihstimmen-Argument müsste deshalb entfallen. Nach dem hier unterstellten Modell rationalen Wählens hätten vielmehr viele FDP-Anhänger eher CDU/CSU wählen müssen, um im Zweifel die Union in einer Großen Koalition zu stärken – falls es nicht für Schwarz-gelb reicht: Im Fall einer schwarz-gelben Mehrheit konnte relativ sicher davon ausgegangen werden, dass sich eine entsprechende Regierung aus CDU/CSU und FDP auch bildet. Die Stimmabgabe für Union oder FDP bewirkt dann lediglich kleinere intra-

koalitionäre Verschiebungen der durch die meisten Wähler nahe beieinander verorteten Parteien. Für den Fall, dass Union und FDP keine Mehrheit erreichen sollten,<sup>19</sup> sind weitere Koalitionserwartungen von Relevanz. Erwartet ein CDU/CSU- oder FDP-Anhänger für diesen Fall die Bildung einer Großen Koalition,<sup>20</sup> so ist seine Stimme am sinnvollsten bei der Union eingesetzt, da nur dann ein Einfluss auf die Regierungspolitik im Sinne dieses Wählers stattfinden kann. Ist die erwartete Distanz zwischen Union und SPD größer als zwischen Union und FDP und ist die Gefahr der fehlenden schwarz-gelben Mehrheit hinreichend groß, so überwiegt der zweite Effekt den ersten, wodurch die Wahlentscheidung für die Union dem rationalen Kalkül entspricht.

Nichtsdestotrotz hat die FDP im Vorfeld mit ihrer Zweitstimmenkampagne wieder stark auf die Leihstimmen-Logik und mögliche Unionsanhänger gebaut.<sup>21</sup> Sinngemäß äußerten führende FDP-Politiker, wer Schwarz-gelb wolle, müsse die FDP wählen. Es erscheint deshalb möglich, dass sich einige Wähler auch 2009 von dieser Logik haben überzeugen lassen. Nach dieser Logik wäre eine schwarz-gelbe Koalition am ehesten mit einer Stimme für die FDP zu erreichen. Danach sollten dann insbesondere diejenigen FDP wählen, die eine schwarz-gelbe Koalition bevorzugen und an einem Zustandekommen dieser Koalition zweifelten – etwa weil sie auch Rot-grün eine Mehrheit bei der Wahl zutrauten. Um die strategischen Kalküle von Unions- und FDP-Anhängern näher analysieren zu können, wird im Folgenden nur diese Wählergruppe untersucht. Dabei soll überprüft werden, welche Faktoren – rationale und weniger rationale Koalitionsüberlegungen – einen Einfluss auf die Wahl der Union im Vergleich zu einer Wahlentscheidung für die FDP haben. Hierfür werden jeweils für Union- und FDP-Anhänger multinomiale logistische Regressionen geschätzt.<sup>22</sup> Dargestellt in Tabelle 10 ist jeweils nur der uns hier interessierende Kontrast der Wahlentscheidung für Union versus der Wahlentscheidung für die FDP. In Modell 1 wird ein Basismodell der rationalen Wahl geschätzt. Darin enthalten sind die Dummy-Variablen für die nahesten Partei und die rationale Wahl (Codierung jeweils: Union versus andere, und FDP versus andere). Wenn das rationale Kalkül einen Einfluss auf die Allokation der Stimme zwischen Union und FDP hat, sollte die Variable *rationale Wahl* einen über die einfache Distanzwahl

---

<sup>19</sup> Dies stellt im Vorfeld der Bundestagswahl ein durchaus realistisches Szenario dar, wie in Abbildung 2 zu sehen ist. Dieses Szenario wirkt sich unter Berücksichtigung der Unsicherheit über das erwartete Wahlergebnis durchaus auf das rationale Kalkül aus.

<sup>20</sup> Dies entspricht tatsächlich den Erwartungen der meisten Befragten. Für vereinzelte Wähler mit der Erwartung einer Ampelkoalition gilt analog exakt das Gegenteil der hier beschriebenen Logik.

<sup>21</sup> Tatsächlich hat die FDP bereits bei unterschiedlichen Wahlen von Leihstimmen von CDU/CSU-Anhängern profitieren können (z.B. Shikano et al. 2009; Gschwend 2007).

<sup>22</sup> Als Anhänger von Union und FDP werden all diejenigen Befragten einbezogen, die entweder bei den Skalometerwerten für die Parteien eine Erstpräferenz für CDU, CSU oder FDP angaben oder eine Parteiidentifikation mit einer der drei Parteien aufwiesen. Im Falle eines Konflikts wird die Parteiidentifikation herangezogen.

hinausgehenden Effekt haben. In Modell 2 und 3 werden dann weitere mögliche Faktoren neben dem rationalen Kalkül eingeführt. Wenn die Argumentation der FDP bei manchen Wählern verfangen hat, eine Stimme für die FDP sei die beste Wahl für eine schwarz-gelbe Koalition, sollte die Koalitionspräferenz<sup>23</sup> für Schwarz-gelb einen negativen Effekt auf die Wahl der Union – im Vergleich zur FDP – haben. Zusätzlich könnte die Erwartung einer möglichen Mehrheit des gegnerischen politischen Lagers, also einer rot-grünen oder rot-rot-grünen Mehrheit, einige Wähler dazu veranlassen, die FDP statt der Union zu wählen, sei es, weil damit in Anbetracht der Gefahr fälschlicherweise tatsächlich geglaubt wird, dass mit der Wahl der FDP am ehesten doch noch eine schwarz-gelbe Mehrheit erreicht werden könne, oder um einfach ein Signal für eine schwarz-gelbe Koalition zu setzen.

*Tabelle 10:* Multinomiales Modell der Wahlentscheidung für die Anhänger von CDU/CSU und FDP

	Wahlentscheidung für CDU/CSU versus FDP		
	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Naheste Partei: CDU/CSU	0,73 (0,29)*	0,74 (0,30)*	0,78 (0,30)*
Naheste Partei: FDP	-0,40 (,24 )	-0,32 (0,25)	-0,27 (0,26)
Rationale Partei: CDU/CSU	0,54 (25)*	0,74 (0,27)**	0,75 (0,27)**
Rationale Partei: FDP	-0,25 (0,44)	-0,26 (0,44)	-0,26 (0,44)
Koalitionspräferenz: Schwarz-gelb		-0,85 (0,26)**	-0,82 (0,25)**
Koalitionserwartung: Schwarz-gelb		0,39 (0,28)	
Koalitionserwartung: Rot-grün oder Rot-rot-grün			-1,44 (0,69)*
Konstante	0,71 (0,23)**	0,80 (0,30)**	1,09 (0,26)***
McFadden's Pseudo-R <sup>2</sup>	0,07	0,14	0,15
N	530	530	530

Quelle: Vorwahl-Querschnitt der GLES (GLES1101\_Pre1.3). Alle Variablen wurden auf ein Intervall von 0 bis 1 standardisiert. Zellen enthalten Koeffizienten der multinomialen logistischen Regression. Dargestellt ist jeweils nur der Kontrast zwischen der Wahl von CDU/CSU und FDP. Standardfehler in Klammern.

\* p<0,05; \*\* p<0,01; \*\*\* p<0,001.

Betrachtet man in Tabelle 10 zunächst Modell 1, zeigt sich wenig erstaunlich ein Effekt der nächstliegenden Partei. Ist die CDU bzw. CSU die nächstliegende Partei, erhöht sich die

<sup>23</sup> Gemessen über die Skalometerbewertungen der verschiedenen Koalitionen. Entscheidend für die Präferenz ist dann, dass die schwarz-gelbe Koalition höher bewertet wurde als alle anderen Koalitionen.

Wahrscheinlichkeit, die Union zu wählen im Vergleich zu einer Wahl der FDP. Entsprechend verringert sich die Wahrscheinlichkeit, die Union zu wählen, wenn die FDP die nächstliegende Partei ist. Interessant ist nun, dass das rationale Kalkül darüber hinaus einen Effekt auf die Allokation der Stimmen zwischen Union und FDP hat. Insbesondere haben diejenigen Wähler, die nach dem rationalen Kalkül die Union wählen sollten, tatsächlich eine höhere Wahrscheinlichkeit, die Union – im Vergleich zur FDP – zu wählen. Das unterstellte rationale Kalkül scheint also auch hier für manche Wähler eine Rolle zu spielen. In den Modellen 2 und 3 zeigt sich allerdings, dass auch die oben erläuterten weniger rationalen Überlegungen bei der Stimmabgabe der Unions- und FDP-Anhänger eine Rolle gespielt haben. So hatte die Präferenz für eine schwarz-gelbe Koalition tatsächlich einen negativen Effekt auf die Wahl der Unionsparteien. Wer sich eine schwarz-gelbe Koalition wünschte, hat im Vergleich zu einer Wahl der FDP mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit die Union gewählt. Die FDP hat also entsprechend von den Befürwortern einer schwarz-gelben Koalition profitiert. Betrachtet man die Erwartungen der Befragten, ergibt sich in Modell 2 zunächst kein signifikanter Effekt für die Erwartung einer schwarz-gelben Mehrheit. Ein anderes Bild ergibt sich aber in Modell 3 für die Erwartung einer Mehrheit des gegnerischen Lagers. Wer eine Mehrheit für Rot-grün oder eine Regierungsbildung aus Rot-rot-grün erwartet, wählt im Vergleich zur FDP mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit die Union. Entsprechend profitiert auch hier die FDP von den Überlegungen, die sie mit ihrer Zweitstimmenkampagne offensichtlich auch hervorrufen wollte. Vergleicht man die Effektgrößen, so ist festzustellen, dass die Koeffizienten der sich auf Koalitionspräferenzen und -erwartungen beziehenden Variablen den Einfluss der rationalen Wahl überlagern. Mithilfe entsprechender Wahlkampfstrategien scheint es Parteien also durchaus zu gelingen, Wähler davon zu überzeugen, vermeintlich strategisch zu wählen gegen die Interessen der Wähler selbst.

## **5. Fazit**

Koalitionen stellen ein immer wichtigeres Thema der Wahlforschung dar. Zudem spielte die Diskussion um mögliche Koalitionssituationen und -modelle vor der Bundestagswahl 2009 eine große Rolle. Die extern von den Parteien gesendeten, vor allem aber die subjektiv wahrgenommenen Koalitionsabsichten durch die Wähler, führten zu zwei realistischen Alternativen: eine schwarz-gelbe Regierung und eine Große Koalition. Die Erwartung einer Koalition aus Union und FDP spiegelt nicht nur die entsprechenden Signale wider, sondern steht auch in Einklang mit Umfragewerten, die eine schwarz-gelbe Mehrheit prognostizierten.

Berücksichtigt man Unsicherheiten, mit denen diese Umfragewerte behaftet sind, so ist das Szenario einer fehlenden Mehrheit für CDU/CSU und FDP durchaus realistisch. In unklaren Koalitionssituationen können die Parteien durch das Senden klarer Signale darüber, welche Koalition sie eingehen würden und welche nicht, helfen, die Unsicherheit zu reduzieren. Die Auswertung von Koalitionssignalen in Fernsehnachrichten zeigt jedoch, dass relativ wenig über diese berichtet wurde, insbesondere wenn es um die Ablehnung bestimmter Koalitionsmodelle ging. Dennoch zeigten in diesem Fall Signale und subjektive Erwartungen eindeutig in Richtung Großer Koalition. Dreierbündnisse wurden von mindestens einer der beteiligten Parteien abgelehnt, und die entsprechenden Signale wurden von den Wählern offenbar für glaubhaft gehalten. Es zeigt sich insgesamt, dass die Wähler dazu fähig waren, die Koalitionslage relativ gut einzuschätzen.

Da die Koalitionslage bei einer gegebenen Wahl eine wenig variable Kontextbedingung darstellt bzw. es in der Regel an Daten mangelt, die intra-individuelle Veränderungen durch kurzfristige Veränderungen des Kontexts sichtbar machen können, wurde zur Untersuchung der Wirkung von Koalitionssignalen zunächst ein Umfrage-Experiment genutzt. Es konnte deutlich gezeigt werden, dass die als Stimulus verabreichten Koalitionssignale bei einem großen Teil der Befragten zu einem Wechsel der Wahlabsicht bzw. erst zu einer Generierung dieser geführt haben. Auffällig ist hierbei, dass das Offenhalten mehrerer Koalitionsoptionen den Parteien eher schadete, so etwa der Union und den Grünen ein Signal in Richtung Schwarz-grün oder der SPD das Anstreben einer Ampelkoalition oder eines rot-rot-grünen Bündnisses. Positive Signale in Richtung eher ungewöhnlicher Bündnisse hatten für die Parteien im besten Fall keine (für die FDP bei den Vignetten Ampel und SPD-FDP) oder nur marginal positive Auswirkungen (für die Grünen im Fall der Ampel und die Linke bei Rot-rot-grün). Deutlich ist aber, dass Wähler Koalitionssignale in ihre Wahlentscheidung einbeziehen und auf den sich bietenden Kontext reagieren.

Untersucht man, welche Wahl bei gegebenen Koalitionssignalen den Erwartungsnutzen über das Politikergebnis für einen Wähler maximiert (rationales Kalkül), so ist zunächst festzuhalten, dass dieses Kalkül einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Wahlentscheidung leistet. Bei den gegebenen Koalitionserwartungen kommen diese rationalen Stimmen fast ausschließlich Union und SPD sowie mit Abstrichen der FDP zugute. Diese Parteien sind die einzigen, die erwartungsgemäß Einfluss auf Politikergebnisse nehmen können. Dass der experimentelle Stimulus in Form von Koalitionssignalen bei einem Teil der Befragten erst dazu geführt hat, dass sie eine Wahlentscheidung angaben, steht in Einklang mit der Bedeutsamkeit des rationalen Kalküls. In übersichtlicheren Situationen fällt die



Abschätzung leichter, wie sich die Stimmabgabe für eine Partei letztlich auswirkt, während in unübersichtlichen Situationen ohne Signale die Ermittlung eines rationalen Kalküls noch komplexer als ohnehin schon ist, so dass unsichere Wähler sich zu einem größeren Teil der Wahl enthalten, bevor sie mit ihrer Stimme Schaden anrichten.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass Wähler offensichtlich auf simulierte Koalitionssignale (Vignetten) häufig nicht dem rationalen Kalkül entsprechend reagieren. Eine Erweiterung der Koalitionsoptionen bedeutet für eine Partei eine größere Wahrscheinlichkeit, auf Politikergebnisse Einfluss nehmen zu können. Für dieser Partei nahe stehende Wähler heißt das, dass mit der Wahl dieser Partei die Chance steigt, Politik in ihrem Sinne beeinflussen zu können, so dass die Partei häufiger die rationale Wahl darstellt.<sup>24</sup> Die Wirkung auf die Wähler ist offensichtlich aber die entgegen gesetzte. Am näher analysierten Fallbeispiel von Schwarzgelb zeigt sich zudem, dass starke Präferenzen für eine Koalition und in die entgegen gesetzte Richtung deutende Erwartungen zu Mehrheitsverhältnissen dazu führen können, dass diese Faktoren das rationale Kalkül überlagern können.

Koalitionssignale spielen folglich eine wichtige Rolle für das Wahlverhalten. Die Parteien vermögen dabei, die Unsicherheit der Wähler zu reduzieren und ihnen durch die Sendung klarer Signale eine rationale Wahlentscheidung erleichtern. Das Senden von Koalitionssignalen birgt jedoch auch ein gewisses Risiko für die Parteien, da damit potentielle Wähler verprellt werden können. Dieses Risiko könnte sich aber dann als Chance erweisen, wenn die Parteien die Vorteile unterschiedlicher Koalitionsoptionen deutlich machen würden statt den Antagonismus alter Lager hervorzuheben.

## Literaturverzeichnis

- Aldrich, John H., Andre Blais, Indridi H. Indridason und Renan Levine. 2004. Coalition considerations and the vote. In: Arian Asher und Michal Shamir (Hrsg.), *The elections in Israel*. New Brunswick: Transaction Press, 180-211.
- Austen-Smith, David und Jeffrey Banks. 1988. Elections, coalitions, and legislative outcomes. *American Political Science Review* 82: 405-422.
- Bargsted, Matias A. und Orit Kedar. 2009. Coalition-targeted duvergerian voting: How expectations affect voter choice under proportional representation. *American Journal of Political Science* 53: 307-323.
- Benoit, Kenneth und Michael Laver. 2006. *Party policy in modern democracy*. London: Routledge.
- Blais, Andre, John H. Aldrich, Indridi H. Indridason und Renan Levine. 2006. Do voters vote for

---

<sup>24</sup> Klar erkennbar ist dies etwa daran, dass an (realistischen) Koalitionsoptionen nicht beteiligte Parteien wie Grüne und Linke nur in Ausnahmefällen die rationale Wahl sind.

- government coalitions? Testing Downs' pessimistic conclusion. *Party Politics* 12: 691-705.
- Buchanan, James M. und Yong J. Yoon. 2006. All voting is strategic. *Public Choice* 129: 159-167.
- Bundeswahlleiter. 2009. *Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 – Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik*. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/veroeffentlichungen/statement.pdf](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen/statement.pdf). 5. Juli 2010.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. 1960. *The American voter*. New York/ London: Wiley.
- Decker, Frank. 2009. Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40: 431-453.
- Downs, Anthony. 1957. *An economic theory of democracy*. New York: Harper.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. 1994. *Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994*. Mannheim.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. 1998. *Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998*. Mannheim.
- Gschwend, Thomas. 2007. Ticket-splitting and strategic voting under mixed electoral rules: Evidence from Germany. *European Journal of Political Research* 46: 1-23.
- Gschwend, Thomas und Marc Hooghe. 2008. Should I stay or should I go? An experimental study on voter responses to pre-electoral coalitions. *European Journal of Political Research* 47: 556-577.
- Gschwend, Thomas und Henk van der Kolk. 2006. Split ticket voting in mixed member proportional systems: The hypothetical case of the Netherlands. *Acta Politica* 41: 163-179.
- Gschwend, Thomas und Franz U. Pappi. 2004. Stimmensplitting und Koalitionswahl. In: Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen des Wahlergebnisses und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag, 167-183.
- Huber, Sascha, Thomas Gschwend, Michael F. Meffert und Franz U. Pappi. 2009. Erwartungsbildung über den Wahlausgang und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung. In: Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Bernhard Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag, 562-584.
- Irwin, Galen A. und Joop J. van Holsteyn. 2003. *They say it can't be done? Strategic voting in multi-party proportional systems: The case of the Netherlands*. Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association. Philadelphia. August 31-September 3, 2003.
- Linhart, Eric. 2007. Rationales Wählen als Reaktion auf Koalitionssignale am Beispiel der Bundestagswahl 2005. *Politische Vierteljahresschrift* 48: 461-484.
- Linhart, Eric. 2009. A rational calculus of voting considering coalition signals: The German Bundestag elections 2005 as an example. *World Political Science Review* 5: 1-28.
- Linhart, Eric und Sascha Huber. 2009. Der rationale Wähler in Mehrparteiensystemen: Theorie und experimentelle Befunde. In: Christian Henning, Eric Linhart und Susumu Shikano (Hrsg.), *Parteienwettbewerb, Wahlverhalten und Koalitionsbildung*. Baden-Baden: Nomos, 133-160.

- Meffert, Michael F. und Thomas Gschwend. 2007. Strategic voting under proportional representation and coalition governments: A simulation and laboratory experiment. *SFB 504 Working Paper No. 07-55*. University of Mannheim.
- Meffert, Michael F. und Thomas Gschwend. 2009. Strategisches Wählen in Mehrparteiensystemen: Ein Gruppenexperiment. In: Christian Henning, Eric Linhart und Susumu Shikano (Hrsg.), *Parteienwettbewerb, Wählerverhalten und Koalitionsbildung*. Baden-Baden: Nomos, 107-132.
- Meffert, Michael F. und Thomas Gschwend. 2010a. Strategic coalition voting: Evidence from Austria. *Electoral Studies* 29: 339-349.
- Meffert, Michael F. und Thomas Gschwend. 2010b. *Coalition signals as voter cues*. Paper presented at the Annual Meeting of the International Society of Political Psychology. San Francisco. July 7-10, 2010.
- Pappi, Franz U. 2007. Partei- und Koalitionskriterien der österreichischen Wählerschaft für die Nationalratswahl 2006. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36: 445-469.
- Pappi, Franz U. und Thomas Gschwend. 2005. Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002. In: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Bernhard Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: VS Verlag, 284-305.
- Pappi, Franz U. und Paul W. Thurner. 2002. Electoral behaviour in a two-vote system: Incentives for ticket splitting in German Bundestag elections. *European Journal of Political Research* 41: 207-232.
- Riker, William H. und Peter C. Ordeshook. 1968. A theory of the calculus of voting. *American Political Science Review* 62: 25-42.
- Shikano, Susumu, Michael Herrmann und Paul W. Thurner. 2009. Strategic voting under proportional representation: Threshold insurance in German elections. *West European Politics* 32: 634-656.
- Wahlrecht. 2009. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm>. 29. September 2009.

### **Hinweis zu den genutzten Daten**

Die Daten, die in diesem Beitrag verwendet werden, wurden (zum Teil) von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zugänglich gemacht. Die Daten der Umfrage wurden im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) erhoben von Prof. Dr. Hans Rattinger (Universität Mannheim), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim) und PD Dr. Bernhard Weßels (Wissenschaftszentrum Berlin). Sie wurden von GESIS für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die genannten Personen noch die Institute tragen Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.